



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Pressekonferenz des
Kultusministeriums zu
Schuljahresbeginn

Die „Critical friends“ –
ein Erfolgsmodell

Der neue Sozialkunde-
Lehrplan

Machen Handys in der
Schule krank?

Das vollständige
Programm zum
Bamberger Kongress

26. und 27. November 2004:

7. VLB-Berufsbildungskongress



Wir freuen uns auf Ihren Besuch in Bamberg!

HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78-0
Telefax: (09 11) 54 24 86

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 12: 2004-11-08
für Heft 01: 2004-12-06
für Heft 02: 2005-01-10

ISSN 0942 – 6930

Thema des Tages

- 3 Peter Thiel: Eine perfekte Inszenierung

Bildungspolitik

- 4 Zahlenmaterial aus den Presseunterlagen des Kultusministeriums
5 VLB-Wandzeitungen und VLB-Pressepapier zum Schuljahresbeginn
6 Martin Ruf: Überraschungen nehmen kein Ende
6 Aus dem dpa-Dienst zur Bildungspolitik
7 Peter Thiel: „Verschulung“

Dienstrecht

- 8 Wolfgang Lambl: Dienstliche Beurteilung – der aktuelle Sachstand
8 Schreiben des dbb an die KollegInnen
Arbeitgeber stellen Beamtenstatus in Frage
9 Keine Bürgerversicherung durch die Hintertür
9 Pressemitteilung der bayerischen Staatskanzlei: Fitnessprogramm
der Staatsregierung ein voller Erfolg

Aus dem Kabinett

- 10 Zur Verwaltungsreform 21

7. VLB-Berufsbildungskongress

- 11 Bambergs berufliche Schulen stellen sich vor:
– Die Berufsschule II
– Die staatliche FOS und BOS
– Die Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule
15 Das Kongressprogramm

Lehrerbildung

- 17 Das Modell Rheinland-Pfalz

Die Lehrerseite

- 18 Stefan Rehm: Die „Critical friends“

VLB-Initiativen

- 19 Schriftverkehr des VLB

Pädagogik und Unterricht

- 21 Dieter Claus: neuer Lehrplan Sozialkunde
22 S. Appelsmeyer / M. Schmidt: Das Warenwirtschaftssystem
als Unterrichtsprinzip im EH
24 H. Haider / A. Riedl: Material- und Ideenbörse 2004
26 J. Seifried / M. Schilling / H. Zöllner: SoLe aus Sicht der beteiligten Lehrkräfte

VLB Online

- 28 Johannes Münch: Machen Handys in der Schule krank?

Aus dem Verbandsleben

- 36 **Fachgruppen**
31 **Referendare**
32 **Senioren**
34 **Personalien**
36 **Termine**

Umschau

- 36 **Bücher/Medien**
38 **Nachrichtliches**

Titelfoto: Stadt Bamberg

Pressekonferenz der Kultusministerin zu Schuljahresbeginn:

Eine perfekte Inszenierung

PETER THIEL

Startschuss zum neuen Schuljahr: Wie gewohnt auch heuer wieder die Pressekonferenz des Kultusministeriums. Tagungsort war diesmal das renommierte Fraunhofer-Institut in München. Die Wahl des Ortes hatte Symbolcharakter; sie sollte den Zusammenhang von bayerischer Schulpolitik und Spitzentechnologie ins Blickfeld rücken.

Das Statement von Kultusministerin Monika Hohlmeier zu den einzelnen Schularten war kurz und bündig. Grundschule, Hauptschule, Realschule, soweit alles paletti. „Die Hauptschule ist ein wichtiger Bestandteil des bayerischen Bildungswesens“, sagte die Ministerin, „die dort eingeführten Sprachlernklassen sind ein Erfolgsmodell.“

Wer eine längere Ausführung über das G8 erwartet hatte, wartete umsonst. Probleme? Nein. „Allen Unkenrufen zum Trotz startet ein gut vorbereitetes achtjähriges Gymnasium“, erklärte die Ministerin den Presseleuten. Dann folgte eine Art Exposé zur Mittagsbetreuung. „Von den einzelnen Gymnasien wurden dazu ganz unterschiedliche, ideenreiche Konzepte entwickelt“, hieß es.

Schließlich dankte die Kultusministerin den Lehrkräften für „den engagierte Einsatz“ bei der Vorbereitung des neuen Schuljahrs. „Die mentale Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer ist durch die Öffentlichkeit und die Elternschaft oft wichtiger als materielle Gaben“, meinte sie.

In den vergangenen Monaten habe sich das öffentliche Interesse zwar stark auf die Einführung des G8 fokussiert. „Die Maßnahmen zur Verbesserung des Unterrichts gelten aber nicht allein dem Gymnasium; sie waren vielmehr auf alle Schularten aus-

gerichtet“, sagte die Ministerin. Die beruflichen Schulen gingen – abgesehen von einigen wenigen Sätzen zu FOS und BOS – bei Hohlmeiers Statement leer aus.

Einen breiten Rahmen nahmen dafür bei der Veranstaltung die sog. Centers of Exzellenz ein, Eliteschulen, welche von der Stiftung „Bildungspakt Bayern“ gefördert werden. „Wir haben zahlreiche Gymnasien, die in der Qualitätsentwicklung sehr weit sind“, erklärte die Ministerin. Man wolle diese Schulen in Zukunft stärker unterstützen und langfristig ein Netzwerk zwischen ihnen aufbauen. „Die Schulen können die Kompetenz der Stiftungspartner aus der Wirtschaft nutzen. Die enge Kooperation mit Hochschulen oder Forschungsinstituten macht den Weg frei für neue Unterrichtsmodelle“, erklärte Regina Pötke als Geschäftsführerin der Stiftung „Bildungspakt Bayern“.

Eingebunden in die Presserunde war u. a. auch der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Stephan Götzl. Er betonte, dass die Wirtschaft hinter dem Konzept der Centers of Exzellenz stehe und bereit sei Hilfestellung zu leisten. Fünf Schülerinnen und Schüler des Illertalgymnasiums Vöhringen aus verschiedenen Jahrgangsstufen – die Jüngste neun Jahre alt – präsentierten erfreulich selbstbewußt im Unterricht erstellte Fußball- und Tanzroboter und ernteten dafür viel Beifall. Respekt den jungen Leuten und den Lehrkräften, die sie betreuen.

Resumée dieser Presserunde? Eine perfekt inszenierte Schau, eine äußerst kurzweilige Veranstaltung, die wohl eher zum Staunen über elitäre Leistungen gedacht war als zur Auseinandersetzung über die rauhe Schullwirklichkeit. So gab es letztendlich auch nur wenige, fast schüchtern wirkende Fragen zur Lehrerversorgung

am G8. Sie konnten die Regie nicht stören und wurden flott beantwortet.

Beim Berichtersteller machte sich nach dieser Runde – möglicher Weise ob seiner Blauäugigkeit – Nachdenklichkeit breit. Ohne jemandem zu nahe treten zu wollen fragte er sich: War's das wohl schon? Wo blieb der Schulalltag? Wo beispielsweise kamen die rund 20 000 Schulabgänger vor, die bis zur Stunde noch immer keinen Ausbildungsplatz gefunden haben? Kein Wort auch zur Erhöhung der Lehrerarbeitszeit, zur Streichung von Planstellen für die beruflichen Schulen, zum Unterrichtsausfall oder zur Lehrergesundheit, Themen, die mindestens ebenso hohe Akzeptanz verdienen wie die erfreuliche Begeisterungsfähigkeit elitärer Gymnasialisten für angewandte Physik.

Doch Zweifel scheinen unangebracht, denn wie man hörte: offenbar alles paletti an Bayerns Schulen.

Es wurde viel grelle Farbe aufgetragen bei dieser schulpolitischen Werbeveranstaltung und unwillkürlich gedachte man früherer Presserunden, solcher mit Kultusminister Hans Maier oder seinem Nachfolger im Amt, Hans Zehetmair. Fragen, Fragen und nochmals Fragen hatte es da gegeben. Es wurde argumentiert und mitunter auch hochinteressant und kontrovers diskutiert. Vielleicht aber ist es doch nur die Erinnerungsverklärung, die einem bei der Beurteilung der Lage einen Streich spielt wie so oft im Leben.

Wie dem auch sei: Diesmal jedenfalls gab es kaum etwas zum Fragen, man konnte eigentlich nur zustimmen. Für Einzelheiten war das Begleitmaterial gedacht, das umfangreich zur Verfügung stand und in dem man ja hochblättern konnte. Diesem sind auch die auf Seite 4 abgedruckten Zahlen entnommen. <

Aus den Presseunterlagen des Kultusministeriums: Zahlenmaterial zu den beruflichen Schulen

Wie in den vergangenen Jahren lassen sich die Zahlen für das anlaufende Schuljahr derzeit noch nicht mit hinreichender Sicherheit für alle der insgesamt sieben beruflichen Schularten mit ihren zahlrei-

chen Ausbildungsrichtungen und Fachklassen angeben. Dies erklärt sich daraus, dass noch nicht alle Jugendlichen ihre Berufsentscheidung getroffen haben und in mehreren Schularten die Anmeldefris-

ten bis zum Unterrichtsbeginn laufen. Lediglich bei den Fachoberschulen und Berufsoberschulen liegen bereits (vorläufige) Zahlen für das neue Schuljahr 2004/2005 vor, allerdings nur für die staatlichen Schulen. Für die übrigen beruflichen Schulen wird weitgehend von den Entwicklungen im vergangenen Schuljahr ausgegangen.

Berufsschulen

	2003/04	2002/03	Veränd. zum Vorjahr	
			absolut	%
Berufsschulen insgesamt				
Schüler	277 644	282 561	- 4 917	- 1,74
Klassen	12 186	12 321	- 135	- 1,10
Klassenstärke	22,78	22,93	- 0,15	- 0,65
Staatliche Berufsschulen				
Schüler	187 186	189 611	- 2 425	- 1,28
Klassen	8 484	8 527	- 43	- 0,50
Klassenstärke	22,06	22,24	- 0,17	- 0,76

Berufsfachschulen

(Ohne Berufsfachschulen Gesundheitswesen und Wirtschaftsschulen)

	2003/04	2002/03	Veränd. zum Vorjahr	
			absolut	%
Berufsfachschulen insgesamt				
Schüler	25 944	23 015	+ 2 929	+ 12,73
Klassen	1 118	1 004	+ 114	+ 11,35
Klassenstärke	23,21	22,92	+ 0,28	+ 1,22
Staatliche Berufsfachschulen				
Schüler	11 558	9 664	+ 1 894	+ 19,60
Klassen	485	413	+ 72	+ 17,43
Klassenstärke	23,83	23,40	+ 0,43	+ 1,84

Wirtschaftsschulen

	2003/04	2002/03	Veränd. zum Vorjahr	
			absolut	%
Wirtschaftsschulen insgesamt				
Schüler	24 347	23 377	+ 970	+ 4,15
Klassen	919	880	+ 39	+ 4,43
Klassenstärke	26,49	26,56	- 0,07	- 0,26
Staatliche Wirtschaftsschulen				
Schüler	8 246	7 644	+ 602	+ 7,88
Klassen	312	289	+ 23	+ 7,96
Klassenstärke	26,43	26,45	- 0,02	- 0,08

Fachschulen

	2003/04	2002/03	Veränd. zum Vorjahr	
			absolut	%
Fachschulen insgesamt				
Schüler	19 342	19 238	+ 104	+ 0,54
Klassen	910	898	+ 12	+ 1,34
Klassenstärke	21,25	21,42	- 0,17	- 0,79
Staatliche Fachschulen				
Schüler	3 666	3 541	+ 125	+ 3,53
Klassen	189	185	+ 4	+ 2,16
Klassenstärke	19,40	19,14	+ 0,26	+ 1,36

Fachakademien

	2003/04	2002/03	Veränd. zum Vorjahr	
			absolut	%
Fachakademien insgesamt				
Studierende	7 423	7 163	+ 260	+ 3,63
Klassen (ohne FAK für Musik)	314	277	+ 37	+ 13,36
Klassenstärke (ohne FAK Musik)	22,29			
Staatliche Fachakademien				
Studierende	187	108	+ 79	+ 73,15
Klassen	9	5	+ 4	+ 80,00
Klassenstärke	20,78	21,60	- 0,82	- 3,80

Fachoberschulen und Berufsoberschulen

Bei den Fachoberschulen und Berufsoberschulen liegen bereits (vorläufige) Zahlen für das neue Schuljahr 2004/2005 vor, allerdings nur für die staatlichen Schulen, nicht jedoch für die kommunalen und privaten.

	2004/05	Vorjahr	Veränd. zum Vorjahr	
			absolut	%
Staatliche Fachoberschulen				
Schüler	27 723	23 460	+ 4 263	+ 18,17
darunter FOS 13	340			
Klassen	1 043	934	+ 109	+ 11,67
Klassenstärke	26,58	25,12	+ 1,46	+ 5,81
Staatliche Berufsoberschulen				
Schüler	11 314	9 670	+ 1 644	+ 17,00
Klassen	430	404	+ 26	+ 6,44
Klassenstärke	26,31	23,94	+ 2,38	+ 9,94

Neueinstellungen an beruflichen Schulen

	2004/05	Vorjahr	Veränd. zum Vorjahr	
			absolut	%
An den beruflichen Schulen				
ohne FOS/BOS	281	238	+ 43	+ 18,07
An FOS/BOS	265	312	- 47	- 15,06
Insgesamt	546	550	- 4	- 0,73

telegramm +++ telegramm +++ telegramm

Erfolgreiche Einstellungsrunde 2004



Nahezu alle der rund 450 Bewerber aus dem grundständigen Lehramtsstudium für berufliche Schulen und der Sondermaßnahmen (Dipl.-Ing., Dipl. Kfm.) konnten nicht zuletzt dank der Initiativen des VLB auf den verschiedenen politischen Entscheidungsebenen in den bayerischen Schuldienst übernommen werden.

Diese Maßnahme war überfällig, um einem weiteren Anstieg des Unterrichtsausfalls und damit einem Qualitätsverlust der beruflichen Bildung entgegen zu wirken.

Wandzeitungen des VLB zur aktuellen Lage.

telegramm +++ telegramm +++ telegramm

Berufliche Schulen bluten für das G8!



• Planstellenverlust

Zur Finanzierung der Gymnasialreform hat der Bayerische Landtag in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause Haushaltsmittel für 60 Planstellen den beruflichen Schulen weggenommen.

Unmittelbar vor Schuljahresbeginn wurden als Last-Minute-Maßnahme durch das Kultusministerium noch weitere 26 Planstellen durch Kürzung der Anrechnungsstunden eingezogen.

• Erheblicher Qualitätsverlust

Beide Maßnahmen führen unweigerlich zu empfindlichen Qualitätseinbußen und zu Unterrichtsausfall an den Berufsschulen, den Fachoberschulen und Berufsoberschulen.

• So können wir dies nicht hinnehmen!

Wie passt dies alles mit der Aussage des Ministerpräsidenten zusammen, der sagte: Bildung hat absolute Priorität?

Wir fordern den Bayerischen Landtag auf, diese Maßnahmen zurückzunehmen und dadurch die immer wieder erhobene Forderung nach Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung nicht weiterhin zu konterkarieren.

Pressemitteilung des VLB zum Schuljahresbeginn:

Berufliche Schulen bluten für G8

Zu Beginn des Schuljahres 2004/05 erweist sich, dass die vom VLB geäußerten Befürchtungen keine Schwarzmalerei waren: Noch immer nämlich sind landesweit ca. 20 000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz, und der seinerzeit so viel beschworene Ausbildungspakt erweist sich als eine reine Absichtserklärung ohne zwingende Konsequenzen.

„Zu dieser pessimistischen Bewertung der beruflichen Bildung passt auch die Tatsache, dass der bayerische Landtag den beruflichen Schulen Haushaltsmittel für 60 Planstellen entzog, um diese für die Gymnasialreform (G8) zu verwenden“, beklagte VLB Landesvorsitzender Hermann Sauerwein.

Die genannten Mittel waren insbesondere zur Finanzierung des neben-

beruflichen Unterrichts gedacht, der nun eindeutig zu kurz komme. „Die duale Zusammenarbeit mit den Ausbildungsbetrieben wird dadurch erheblich belastet“, meinte Sauerwein.

Sozusagen als Last-Minute-Maßnahme wurden den Berufsschulen weiterhin 26 Planstellen durch das Ministerium entzogen. Dies führe zu empfindlichen Ausfällen von Pflichtunterricht an den Berufsschulen (ca. 5 %) und zu Unterrichtsausfall an den Fachober- und Berufsoberschulen (ca. 10 %). „Die beruflichen Schulen im Lande müssen für die Brechstangenpolitik bei der Einführung des G8 bluten“, erklärte der VLB-Landesvorsitzender.

Angesichts dieser unerfreulichen Gesamtsituation frage man sich, ob

berufliche Bildung hierzulande überhaupt noch unter dem Aspekt der Bildung laufe, sagte Sauerwein. Die derzeit praktizierte Rotstiftpolitik führe zwangsläufig dazu, dass die berufliche Bildung auf eine reine Ausbildung reduziert und substantiell stark ausgezehrt werde.

„Die erfreulichen Ansätze der Schulentwicklung werden unter dem Primat der Finanzpolitik mehr und mehr im Keim erstickt“, meinte der Landesvorsitzende und verwies auf die Bedeutung der beruflichen Schulen für den Wirtschaftsaufschwung. In wenigen Jahren werden die Betriebe unter einem handfesten Facharbeitermangel leiden, wenn die berufliche Bildung weiterhin so unterbewertet wird. Im Hinblick auf die z. Zt. noch nicht vermittelten ca. 20 000 Jugendlichen wiederholt der VLB seine langjährige Forderung nach der Einführung von ein- oder mehrjährigen Berufsfachschulen. <

Überraschungen nehmen kein Ende:

Keine befristeten Arbeitsverhältnisse mehr an FOS und BOS

Konnte der VLB zu Schuljahresbeginn noch vermelden, dass Dank seiner Initiative nahezu alle Bewerber für berufliche Schulen in den bayerischen Schuldienst übernommen werden konnten, folgte postwendend die Ernüchterung: Berufliche Schulen bluten für G8 – 60 Planstellen wurden gestrichen und die Anrechnungsstunden so gekürzt, dass nochmals 26 Planstellen eingezogen werden konnten. (siehe Seite 5) Wer gedacht hatte, dass damit die Grausamkeiten ein Ende hätten, sah sich getäuscht:

Ende September erhielten die ohnehin arg gebeutelten FOS/BOSen Post aus München.

In dem von MD Thomé gezeichneten Brief heißt es „... in Anbetracht der starken Kürzungen im Staatshaushalt können ab sofort für das Schuljahr 2004/2005 keine weiteren Aushilfslehrkräfte (überhäuftig und unterhäuftig) eingestellt sowie keine weiteren Erhöhungen der Stundenzahl bei bereits genehmigten Aushilfsverträgen und Teilzeitbeschäftigungen vorgenommen werden. Aufstockungen bei bisher unterhäuftig unbefristeten

Lehrkräften sind ebenfalls nicht möglich. Lediglich in besonders begründeten Ausnahmefällen kann nach vorheriger Rücksprache mit dem Staatsministerium eine Genehmigung erteilt werden. ...Vorvereinbarungen mit Aushilfslehrkräften ... unterliegen damit künftig grundsätzlich dem Vorbehalt der Genehmigung durch das Staatsministerium.“

Die sich daraus ergebende Konsequenz kann doch nur sein, dass sich der ohnehin schon bestehende Unterrichtsausfall noch erhöht oder verstärkt Mehrarbeit geleistet werden muss – beides eigentlich keine zumutbaren Zustände mehr.

VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein zeigte sich bestürzt von dieser Maßnahme und stellte fest, dass „das Primat der Finanzpolitik schon wieder massiv in die Bildungspolitik eingreift.“ Gleichzeitig brachte er der Hoffnung noch Ausdruck, dass die Berufsschulen bei den demnächst noch zu erwartenden Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag nicht einen gleich lautenden Brief erhalten. *-rf-*

Arbeitgeber erwarten Ausbildungslücke

Der Bundesverband der Arbeitgeberverbände (BDA) rechnet auch in diesem Jahr für Ende September mit einer Lehrstellenlücke. Dies sei „trotz der enormen Anstrengungen der deutschen Wirtschaft im Rahmen des Ausbildungspakts“ nicht zu verhindern, sagte BDA-Präsident Dieter Hundt in Berlin. Er zeigte sich dennoch optimistisch, dass das Ziel, jedem Ausbildungsfähigen und -willigen ein Qualifizierungsangebot zu machen, erreicht werden kann“. Bereits heute hätten 10 000 junge Menschen mehr als vor einem Jahr einen Ausbildungsvertrag unterzeichnet. Um die verbleibende Lehrstellenlücke soweit wie möglich zu schließen, bezahlten die deutschen Arbeitgeberverbände rund 100 Mio Euro jährlich für die Ausbildung, sagte Hundt. Die deutschen Unternehmen investieren pro Jahr 28 Milliarden Euro in ihre rund 1,6 Mio Auszubildenden. *-dpa-*

Leistungspunkte in der beruflichen Bildung

Vereinbarungen über Leistungspunkte im Rahmen der beruflichen Bildung, die bei einem anschließenden Studium angerechnet werden können, hat der VLW gefordert. Der Vorsitzende des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW), Manfred Weichhold, begrüßte das gemeinsame Ziel der Bildungsminister in Bund und Ländern sowie der Hochschulrektoren, künftig Leistungspunkte nach dem European Credit Transfer System (ECTS) in der beruflichen Fortbildung zu vergeben. Statt aufwändiger Einzelfallprüfungen sollten aber klare Vereinbarungen dazu abgeschlossen werden, wie im Bologna-Prozess zur Angleichung des europäischen Hochschulraums vorgehen. *-dpa-*

Neue Lehrer braucht das Land

Mehr Lehrer und weniger Schüler – diese Verschiebung hat 2002/2003 an Deutschlands Schulen für eine bessere Unterrichtsversorgung gesorgt. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am 7. September zum Weiterbildungstag mitteilte, stieg die Zahl der hauptberuflichen Lehrkräfte binnen fünf Jahren um 1,3 Prozent auf rund 792 900 im Schuljahr 2002/03. In diesem Umfang erhöhten sich auch die erteilten Unterrichtsstunden. Da im selben Zeitraum die Zahl der Schüler um 1,7 Prozent sank, verbesserte sich die Unterrichtsversorgung der Schüler.

Mehr als jeder fünfte Lehrer war bereits über 55 Jahre alt (rund 175 000).

Wenn das Pensionsalter der Lehrer mit durchschnittlich 61 Jahren 2002 konstant bleibt, werden in den kommenden sechs Jahren ungefähr eben so viel neue Lehrer gebraucht. Für diesen Zeitraum wird ein demografisch bedingter Rückgang der Schülerzahlen um etwa 6 Prozent erwartet. Das Interesse am Lehrerberuf ist laut Bundesamt wieder gestiegen. Zwischen 1997 und 2000 ging die Zahl der Lehramtsstudenten stark zurück. Im Wintersemester 2003/04 waren mit 210 700 Studierenden in einem Lehramtsstudiengang rund 11 Prozent mehr als im Wintersemester 2000/01 eingeschrieben. Mehr als zwei Drittel von ihnen waren Frauen. *-dpa-*

Unser Kommentar:

Verschulung ...

... ist eine Vokabel, die ausgesprochen negative Assoziationen auslöst: Das Bild grauer Schulmeisterei baut sich auf vor uns, wir sehen nüchterne Klassenzimmer mit kopflastigem Unterricht, in welchem es um reines Buchwissen geht. Wer mit dieser Vokabel argumentiert, bringt zum Ausdruck, dass er sich nicht sachlich, sondern polemisch mit dem Thema Schule auseinandersetzen gedenkt.

So beispielsweise geschehen im deutschen Bundestag und zwar bei der jüngsten Debatte zur Novelle des Berufsbildungsgesetzes. Unionsvertreter waren es, die vor „weiterer Verschulung der beruflichen Bildung“ warnten. Laut dpa brachten die Abgeordneten Katharina Reiche, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion, und Uwe Schummer die Befürchtung zum Ausdruck, dass „schulische berufliche Ausbildung in der Bewertung gar der dualen Ausbildung gleichgesetzt wird“, wenn der Regierungsentwurf zum Tragen kommt.

Wie immer man diese Begriffswahl deuten mag: Die beiden Parlamentarier wittern Gefahr. Sie sehen das Risiko einer „weiteren Verschulung“ und formulieren ihre Botschaft so, als gelte es noch mehr Unheil zu verhüten als es ohnehin schon gibt.

Irritiert reiben wir uns die Augen, lesen den dpa-Text ein zweites, ja ein drittes Mal. Und dann scheint uns die Frage angebracht: Haben Leute, die so etwas sagen, überhaupt schon einmal eine moderne berufliche Schule von innen gesehen? Und fördern solche Aussagen nicht das landläufige Klischee, das dem Lehrimage immer wieder zu schaffen macht?

Bildung und Ausbildung sind stets verbunden mit Schulung, das liegt in der Natur der Sache. Entscheidend ist, ob sie, die Schulung, anwendungsbezogen und zeitgemäß durchgeführt wird oder antiquiert und praxisfern. Aus der Sicht des Lernenden weniger

bedeutsam ist die Zuständigkeit. Bei mehreren Lernorten soll's halt – je nach Thema – derjenige machen, der die besten Voraussetzungen dazu hat, so sieht es der gesunde Menschenverstand.

Die Wirtschaft bringt momentan zu wenig Lehrstellen auf die Beine, das ist Fakt. Und dies hält als Trend schon eine geraume Weile an. Kann der Staat da tatenlos zusehen? Wohl kaum. Er muss also initiativ werden, nicht nur der betroffenen jungen Leute wegen, sondern auch im Interesse der Wirtschaft, der übermorgen das Fachpersonal fehlt, wenn das so weitergeht.

Wer im Ausbildungsvertrag verantwortlich zeichnet – Wirtschaft oder Staat, Betrieb oder Schule – ist für die Lehrlinge, wie gesagt, von untergeordneter Bedeutung. Dies sollte pragmatisch und ohne ideologische Verkrampfung diskutiert werden. Entscheidend ist, dass die Kooperation der Lernorte stimmt und dass Schule und Betrieb in einem Klima der Vernunft und des Vertrauens am gleichen Strick und in die gleiche Richtung ziehen. Die skandinavischen Staaten geben da ein bemerkenswertes Beispiel. Die zitierten Bildungsexperten aus dem Bundestag könnten sich beispielsweise mal in Finnland kundig machen. Anschließen könnte sich da gleich auch die FDP-Abgeordnete Ulrike Flach, die sich u.a. gegen die Zulassung von Berufsfachschülern zur Kammerprüfung ausspricht. „Schul-ausbildung und Ausbildung im Betrieb sind nicht dasselbe“, erklärte sie laut dpa. Donnerwetter, recht hat sie, die Frau Flach, kann man da nur sagen. Wozu nämlich – wäre beides dasselbe – gäbe es dann eine duale Ausbildung?

Wer sich tiefergehend beschäftigt mit beruflicher Bildung und deren gesellschaftspolitischer Bedeutung, ist angesichts der zitierten Positionen und der entsprechenden Wortwahl also einigermaßen perplex. Man kann

nur hoffen, dass die Standpunkte nicht Schule machen unter unseren Volksvertretern.

Böswillig ließe sich der Spieß übrigens auch umdrehen: Nur zu gut wissen wir, dass so mancher Betrieb – aus welchen Gründen immer – im Lehrling in erster Linie eine betriebswirtschaftliche Größe sieht und dass er, der Betrieb, „alt“ aussähe in Sachen Ausbildung und Abschlussprüfung, gäbe es die Berufsschule nicht. Wohlweislich hüten wir uns, da von „Ausbeutung“ zu sprechen, weil gegenseitige Schuldzuweisungen keinen Sinn ergeben. Es gilt vielmehr „Betriebe mit weniger Möglichkeiten“ mit ins Boot der Lernortkooperation zu holen und für die berufliche Bildung zu sensibilisieren. Auch dies ist ein Anliegen der beruflichen Schulen. Wer angesichts solcher Tatsachen die beruflichen Schulen als Ort der Verschulung sieht, ist mit dem Thema „Berufsbildung“ offenkundig überfordert.

Verschulung und Ausbeutung sind unangemessene Vereinfachungen, fördern Vorurteile und werden den Anliegen, um die es geht, in keiner Weise gerecht. Sie zerstören Vertrauen und stehen einer konstruktiven Gemeinsamkeit im Wege. Diese aber ist – wir wiederholen uns – unabdingbare Voraussetzung für zeitgemäße berufliche Bildung, bei der jeder der beiden Ausbildungspartner den Part übernimmt, den er am effektivsten zu gestalten vermag. Die Zeiten, da man das duale System in einen schulisch-theoretischen und einen betrieblich-praktischen Part dividierte sollten eigentlich vorbei sein. Diejenigen, die sich in Schule und Betrieb konkret mit beruflicher Bildung beschäftigen wissen, was sie aneinander haben. Sie ergänzen sich und pflegen einen offenen, vorurteilsfreien Dialog. Von der BBiG-Novelle erwarten sie mehr Möglichkeiten zu echter Partnerschaft sowie flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten bei ihrer täglichen Arbeit und nicht die Festschreibung rückwärtsgerichteter Vorurteile, wie sie im Bundestag zum Ausdruck kamen.

Peter Thiel

Der Hauptpersonalrat informiert: Dienstliche Beurteilung – der aktuelle Sachstand

Langsam rückt das „Beurteilungsjahr 2005“ näher und die Verunsicherung bei den Kolleginnen und Kollegen, den Personalräten und den Schulleitern ist groß. Immer öfter werden Fragen an den Hauptpersonalrat gerichtet, wie: „Wann kommen denn jetzt die Beurteilungsrichtlinien?“ „Wie ist denn der momentane Sachstand?“

Nun – die Beantwortung ist nicht eindeutig möglich, doch will ich versuchen Ihnen möglichst eine umfassende Information zu geben.

Durch die noch ausstehende Entscheidung über die Schulverwaltungsreform und damit der zukünftigen Struktur der Schulaufsicht erschien es im Januar 2004 sinnvoll, das Mitbestimmungsverfahren bis zur politischen Entscheidung auszusetzen. Im zurückliegenden Zeitraum haben sowohl der Bayerische Landtag zu strittigen Punkten Beschlüsse gefasst, als auch die Lehrerverbände im Anhörungsverfahren Vorschläge unterbreitet, welche in die Entwürfe eingeflossen sind.

Die bisherigen Verhandlungen haben in folgenden Punkten unter Berücksichtigung der Landtagsbeschlüsse erste Veränderungen erbracht:

- Das vorgesehene „Beurteilungsjahr“ (31. 12. 2005) ist aus rechtlichen Gründen nicht mehr zu realisieren (daher voraussichtlich einmalige Verlängerung des Beurteilungszeitraumes auf 2006).
- Die Zahl der Bewertungsstufen wird deutlich reduziert (7 Stufen – gab es schon mal).
- Die Einräumung der Möglichkeit, auf eine Beurteilung ab 50 Jahre

bzw. 51 Jahre (noch strittig) zu „verzichten“.

- Die Trennung zwischen der Leistungs- und der Verwendungsbeurteilung ist vorgesehen.

Bei folgenden Sachverhalten bestehen zwischen KM und HPR noch Differenzen:

- Einbeziehung von Ergebnissen (Zielvereinbarungen) des Mitarbeitergesprächs in die Dienstliche Beurteilung.
- Im Volksschulbereich: Beurteilung durch die Schulleiter.
- Im Volksschulbereich: Leistungsbericht anstelle von Dienstlicher Beurteilung.

Sobald die Entscheidung über die künftige Schulverwaltungsgliederung gefallen ist, wird das KM das Mitbestimmungsverfahren fortsetzen. Der Verfasser geht davon aus, dass bis voraussichtlich Februar 2005 die neu gefassten Dienstlichen Beurteilungsrichtlinien in Kraft treten könnten. Durch das Ausdehnen des Beurteilungszeitraumes kann es für besonders leistungsfähige junge Kolleginnen und Kollegen an beruflichen Schulen zu der Konstellation kommen, dass außer einer Probezeitbeurteilung in 2001 keine aktuelle Beurteilung vorliegt, wodurch die vorgesehene Beförderung im Einzelfall über ein Jahr später erfolgen kann.

Der Hauptpersonalrat hat deshalb einen Initiativantrag an das Kultusministerium gestellt, der darauf abzielt, diesen durch die Ausdehnung des Beurteilungszeitraumes hervorgerufenen Nachteil auszugleichen.

Wolfgang Lambl

reits betroffen sind: Die aktuell von einigen Politikern geplanten Veränderungen für den öffentlichen Dienst würden alle bisherigen Einschnitte in den Schatten stellen.

So beabsichtigt die nordrhein-westfälische Landesregierung immer noch, das Berufsbeamtentum über Bord zu werfen und ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen. Andere Länder wollen Artikel 33 des Grundgesetzes so ändern, dass die Schutzvorschriften für Beamte, die als Ausgleich für das Streikverbot nötig sind, gestrichen werden. Viele Länder arbeiten in der Föderalismuskommission mit Nachdruck daran, die Bundeseinheitlichkeit von Dienstrecht und Besoldung zu zerschlagen; sie wollen die Bezahlung ihrer Bediensteten nach Gutsherrenart im Alleingang regeln. Können Sie sich vorstellen, was für ein Bezahlungschaos 17 separate Besoldungsordnungen in Deutschland hervorrufen würden? Die Folge wäre ein Kürzungswettbewerb: Ohne einheitliche Rahmensetzung des Bundes würde sich die Bezahlungsschraube unaufhaltsam nach unten drehen. Das ist nicht modern, das ist der Rückfall in anachronistische Kleinstaaterei.

Auch im Tarifbereich stehen die Zeichen auf Sturm: Der Tarifgemeinschaft deutscher Länder droht der endgültige Zerfall. Die Austritte einzelner Länder haben nur ein Ziel: die Kürzung der Einkommen und die Verlängerung der Arbeitszeit. Immer neue Eingriffe in die Sozialversicherungssysteme bedeuten für Angestellte und Arbeiter weitere Belastungen, die mit fadenscheinigen Begründungen und ohne Rücksicht auf die unterschiedlichen Grundlagen der Systeme und deren Eigenständigkeit auf die Beamten übertragen werden. Der langfristige Schaden in den Strukturen des öffentlichen Dienstes steht in keinem Verhältnis zu kurzfristigen Haushaltsentlastungen.

Wie Sie wissen, stellen sich der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften diesen Kahlschlagplänen mit konstruktiven Vorschlägen entgegen. Der Gewerkschaftstag 2003 in Leipzig hat mit dem Reformmodell 21 zukunftsweisende Lösungen vorgelegt. Wir

Schreiben des dbb an die KollegInnen in den Mitgliedsgewerkschaften

Berlin, im September 2004

Liebe Kollegin, lieber Kollege,
wir stehen zusammen vor einem Herbst mit großen Herausforderun-

gen. Als Beschäftigte oder Beschäftigter im öffentlichen Dienst haben Sie in jüngster Zeit schon schwer zu akzeptierende Zumutungen hinnehmen müssen. So empfindlich Sie davon be-

wollen gemeinsam mit der Politik Veränderungen herbeiführen, die den tatsächlichen Bedürfnissen des öffentlichen Dienstes, den Erwartungen der Bürger und den Interessen seiner Beschäftigten gerecht werden. Dazu brauchen wir keine Verfassungsänderung und keine Kompetenzverlagerung. Wir wollen ein modernes Laufbahnrecht mit leistungsorientierter Bezahlung und eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, den Erhalt der Tarifautonomie und die Fortführung des Flächentarifvertrages.

Liebe Kollegin, lieber Kollege, wer in der Wagenburg verharret, kommt kein Stück voran. Es wird auf jeden

Fall Veränderungen geben, und wir haben uns entschlossen, ihre Ergebnisse mitzugestalten. Die Verhandlungen mit dem Bundesinnenminister zur Umsetzung des Reformmodells 21 sind in ihrer entscheidenden Phase. Sicherlich beinhaltet jedes Verhandlungsergebnis auch Kompromisse. Lassen Sie uns dennoch die Chancen zur Veränderung gemeinsam nutzen, um den öffentlichen Dienst auf tragfähige Fundamente zu stellen, seine Zukunft zu sichern und für die Beschäftigten verlässliche gute Perspektiven zu schaffen!

Peter Heesen, Bundesvorsitzender

Die wesentlichen Punkte des Statusrechts und der Bezahlung müssen in jedem Fall bundeseinheitlich geregelt werden. Eine einheitliche Regelung der beamtenrechtlichen Grundlagen sichert die notwendige berufliche Mobilität zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und verhindert Abwerbungen über das Einkommen.“ Der dbb-Chef machte zudem darauf aufmerksam, dass der öffentliche Dienst für junge und qualifizierte Nachwuchskräfte konkurrenzfähig bleiben müsse. Heesen: „Aufgrund der demographischen Entwicklung wird der Konkurrenzdruck auch und gerade von privater Seite immer drängender werden. Insofern muss ein Besoldungswettbewerb nach unten zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund unbedingt verhindert werden.“ <

Arbeitgeber stellen Beamtenstatus in Frage

Die Arbeitgeber wollen laut einem Pressebericht mit einer Verfassungsänderung eine drohende Kostenexplosion bei der Beamtenversorgung verhindern. Das „Handelsblatt“ schrieb in seiner Ausgabe vom 25. August, in einem Strategiepapier der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) heiße es, dass die Garantie einer „amtsangemessenen Besoldung“ (Alimentationsprinzip) fallen müsse: „Um die notwendige Reform der Beamtenversorgung zu ermöglichen, bedarf es einer Änderung des Grundgesetzes“, zitiert die Zeitung. Nach den Vorstellungen der Arbeitgeber sollen die Beamten-Pensionäre demnach künftig nur noch eine „Basissicherung auf ver-

gleichbarem Niveau zur gesetzlichen Rentenversicherung“ erhalten. Ansonsten würden die Versorgungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden bis 2030 von derzeit 25 Milliarden auf 75 Milliarden Euro steigen, schreibt die Zeitung. Deutliche Kritik übt die BDA dem Bericht zufolge am Gesetzgeber, da dieser Einschnitte in den Sozialsystemen der Arbeitnehmer „wenn überhaupt, dann erst mit einiger Zeitverzögerung“ auf die Beamten übertrage. So liege für die Übertragung des im Juni beschlossenen Renten-Nachhaltigkeitgesetzes auf die Beamten „noch nicht einmal ein Gesetzentwurf“ des Bundesinnenministeriums vor. -AP-

Pressemitteilung der bayerischen Staatskanzlei, 27. August 2004:

Huber: Fitnessprogramm für schlankeren Staat – ein voller Erfolg

Bayerns Staatskanzleichef Erwin Huber bezeichnete den Weg Bayerns zum schlankeren Bayern als vollen Erfolg. Huber: „Das Fitnessprogramm der Staatsregierung für einen schlankeren Staat ist eine Erfolgsstory. Die Regierung Stoiber hat die Verwaltung seit dem Amtsantritt um 9 000 Stellen reduziert. Die Einsparung weiterer 3 000 Stellen läuft und dazu fallen noch 2 000 Stellen weg durch die bisherigen Beschlüsse zur Verwaltungsreform. Unsere Devise ist: Weniger in die Bürokratie investieren und dafür mehr in die Zukunft.“

Die Staatsregierung mache Ressourcen frei und investiere damit in die Zukunft des Landes, vor allem in den Rohstoff Geist, erklärte Huber. „Bildung ist das höchste Gut, das wir haben und deshalb haben wir für die geburtenstarken Jahrgänge ganz gezielt 5 000 zusätzliche Lehrer eingestellt. Außerdem haben wir mit 2 000 neuen Stellen bei den Uni-

Aus dem dbb-Newsletter Nr. 62:

Änderung beim Beamtenstatus abgelehnt

Im Rahmen eines Gesprächs über aktuelle Fragen der Föderalismusreform und der Neugestaltung des öffentlichen Dienstrechts haben sich Anfang September im dbb forum berlin führende Vertreter der kommunalen Spitzenorganisationen und der dbb Bundesleitung gegen Änderung der verfassungsrechtlichen Grundlagen des Beamtenstatus ausgesprochen. Der dbb Bundes-

vorsitzende Peter Heesen begrüßte nach dem Gespräch die weitgehende inhaltliche Übereinstimmung zwischen der Gewerkschaft und den kommunalen Spitzenorganisationen: „Beide Seiten haben sich bei allem Verständnis für den Wunsch der Bundesländer nach Kompetenzverlagerungen vom Bund auf die Länder gegen eine drohende Rechtszersplitterung ausgesprochen.“

versitätskliniken kräftig investiert und auch Polizei und Verbraucherschutz (BSE) gestärkt. Die Einsparung von Stellen in der reinen Verwaltung trägt also dazu bei, dass wir die wichtigen Zukunftsfelder finanzieren können. Bedauerlicherweise ist dieser Zusammenhang der SPD nicht begreiflich zu machen,“ so der Staatskanzleichef.

Huber nannte die Kritik der bayerischen SPD am Umbau des Staates ei-

ne Dreistigkeit. „Die SPD geht völlig an den Tatsachen vorbei, weil ihr offenbar auch noch die letzten Argumente ausgehen. Das ist bezeichnend für eine Opposition, die bei allen Reformen auf die Bremse tritt und außer Polemik nichts zu bieten hat: Keine Alternativen, keine Konzepte für das Land. Die Staatsregierung hält klaren Kurs auf die Zukunft und diesen Weg setzen wir konsequent fort.“ <

Letzte Meldung:

Unmittelbar vor Drucklegung dieses Heftes erreichte uns die Information, dass Bundesinnenminister Otto Schily und dbb-Chef Peter Heesen eine Pressekonferenz zum Thema „Fort-schreibung des Beamtenrechts“ in Berlin durchführen. Ersten

Verlautbarungen zufolge bleibt Art. 33 GG unberührt.

Wir werden unsere Leser in der Novemberausgabe von „VLB akzente“ ausführlich über den aktuellen Sachstand unterrichten -red-

Wir gehen absolut ergebnisoffen in die Gespräche mit der Fraktion.“

Mit dem Projekt Verwaltung 21 wird die öffentliche Verwaltung in Bayern effizienter und bürgerfreundlicher, aber auch kostengünstiger. Dazu sollen Verfahrensabläufe beschleunigt und verbessert sowie die Behördenorganisation gebündelt und gestrafft werden. Huber: „Wie die Wirtschaft muss auch der Staat der Zukunft noch schneller und besser werden. Eine klarere und übersichtlicher organisierte Verwaltung ist dafür eine entscheidende Voraussetzung. Eine übersichtlichere Behördenstruktur macht den Staat attraktiver im weltweiten Wettbewerb um die Ansiedlung der Arbeitsplätze der Zukunft. Unsere neue Verwaltung ist auch deutlich bürgerfreundlicher, weil der „Kunde Bürger“ weiß, dass er bei einer Behörde noch schneller und besser bedient wird.“ Zudem schaffe Bayern mit einem schlankeren Staat die Voraussetzung dafür, dass das Gemeinwesen auch in Zukunft handlungsfähig bleibt und der Staat wieder mehr in die Zukunft, in Bildung, Schulen und Hochschulen investieren kann.

Verwaltungsreformminister Huber sieht das Projekt Verwaltung 21 auf einem sehr guten Weg: „Wir haben jetzt im Ministerrat Grundkonzeptionen für fast alle Bereiche diskutiert und wollen die Beratungen bis zur nächsten Kabinettssitzung abschließen. Dann hat die Landtagsfraktion ausreichend Zeit das gesamte Paket intensiv zu beraten und alle Entscheidungsalternativen gründlich zu prüfen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass es uns in der bewährten Aktionseinheit von Staatsregierung und Fraktionen gelingen wird, bis Mitte November zu einer gemeinsamen und einvernehmlichen Entscheidung bei der Verwaltungsreform zu kommen, die Bayern voranbringt und die Grundlage für den modernen Staat der Zukunft sein wird.“ In den kommenden Wochen werden auch Gewerkschaften, Berufsverbände und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen intensiv Gelegenheit haben, am Entscheidungsprozess aktiv mitzuwirken. Huber sagte zu, alle Argumente zu prüfen und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. <

Bericht zur Kabinettssitzung vom 24. September 2004:

Verwaltungsreform 21 – Kabinett setzt Beratung über nächste Schritte der fort

Ziel der gemeinsamen Entscheidungen mit der CSU-Landtagsfraktion ist regionale Ausgewogenheit

Das Kabinett hat in seiner Klausurtagung die Beratungen über die nächsten Schritte der Verwaltungsreform fortgesetzt. Verwaltungsreformminister Erwin Huber sagte: „Staatsregierung und CSU-Landtagsfraktion werden die besonders standortrelevanten Aspekte der Verwaltungsreform in einem Paket gemeinsam behandeln. Dann können wir in einer Gesamtschau beurteilen, welche Auswirkungen die Verwaltungsreform auf die einzelnen Landesteile hat. Denn die regionale Ausgewogenheit ist ein grundlegendes Leitprinzip unserer Verwal-

tungsreform. Auch nach der Verwaltungsreform wird es eine ausgewogene Verteilung der Behörden in ganz Bayern geben.“ Startschuss für die gemeinsamen Beratungen dieses Gesamtpakets wird die Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Kloster Banz sein. Huber: „Das Kabinett hat heute über die Grundkonzeptionen für eine Reihe wichtiger Einzelfragen aus diesem Paket beraten. Dabei haben wir auch Vorschläge für die Beratungen mit der Fraktion erarbeitet, aber keinerlei Vorwegfestlegungen oder Vorentscheidungen getroffen.

Bamberg's berufliche Schulen stellen sich vor

Die Berufsschulen

WERNER FIEDLER

Erste Hinweise auf das berufliche Schulwesen in Bamberg finden wir Ende des 18. Jahrhunderts.

Vor allem durch die Initiative des in Bamberger Diensten stehenden Offiziers und Ingenieurs Leopold Westen, der sich um den Aufschwung des Gewerbes sehr bemühte, konnte am 15. Dezember 1794 eine Ingenieur- und Zeichenschule eröffnet werden. Dem aufgeschlossenen Landesherrn Fürstbischof Franz Ludwig von Erthal war es zu verdanken, dass noch im selben Jahr dieser Akademie die erste gewerbliche Sonntagsschule angeschlossen wurde. Auch der neue Landesvater Kurfürst Max Joseph war dieser Bildungseinrichtung wohl gesonnen. Nachdem König Ludwig I. von Bayern anordnete, neben der bestehenden Gewerbe- und Landwirtschaftsschule eine Handwerker- und Feiertagsschule einzurichten, erfolgte 1850 die Installation der ersten mechanischen Werkstätte für Übungszwecke. Sie war sieben Jahre später mit 304 Schülern die zweitgrößte Einrichtung ihrer Art im ganzen Königreich. Auf Beschluss des Magistrats der Stadt wurden 1864 die technischen Lehranstalten in zwei selbstständige Schulen geteilt: in eine „Königliche Landwirtschafts-, Gewerbe- und Handelsschule“ und in eine „Gewerbliche Fortbildungsschule“. Wie aus den Statuten zu entnehmen ist, war der Besuch dieser Schule verpflichtend, später jedoch nur freiwillig, so dass sie mangels an Schülern 1892 aufgelöst wurde. Im Jahre 1901 wurden Stimmen laut, die Fortbildungsschule wieder zu eröffnen, was aber zunächst an der Finanzierung scheiterte. Erst die schlechten Ergebnisse der Gehilfenprüfungen ließen die Stadtväter 1907 umdenken. Damit war der erste Schritt in Richtung einer Berufsschule in Bamberg vollzogen. Die



Schüler sollten unter Berücksichtigung ihrer beruflichen Ausbildung nach Einzelberufen oder Berufsgruppen getrennt unterrichtet werden.

Der Erste Weltkrieg warf die Entwicklung des jungen Schulwesens empfindlich zurück und auch nach Kriegsende kam die stufenweise Umgestaltung nur schleppend voran. Die nunmehr selbstständige Schulorganisation wurde 1920 unter die Leitung eines hauptamtlichen Direktors gestellt, es war Oberlehrer August Reinhardt. Die Zeit bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges war von wachsender Raumnot gekennzeichnet und wurde durch die Zerstörung des Berufsschulgebäudes noch verstärkt. Am 25. November 1949 legte der neue Direktor Helldörfer dem Stadtrat ein umfassendes Bauprogramm für ein zu errichtendes Zentral-Berufsschulgebäude an der Dr.-von-Schmitt-Straße vor. Mit Beginn der 50er Jahre hatte sich das Stadtratskollegium unter Oberbürgermeister Weegmann mit dem Gedanken vertraut gemacht, trotz angespannter Finanzlage, ein eigenes, allen Bedürfnissen eines modernen Berufsschulunterrichtes genügendes Gebäude zu erstellen. Die von Bauoberinspektor Apel von der Stadtbauverwaltung ausgearbeiteten Pläne sahen die Errichtung des Gebäudes in sechs Bauabschnitten auf einem stadteigenen Grundstück im Zentrum der Stadt vor. Bereits im April 1952 erfolgte der erste Spatenstich für das Schulprojekt. Der Baubeginn wurde in Bamberg mit großem Interesse verfolgt, da zum einen ständig Berichterstattungen über die Berufsschule und ihre permanente Raumnot in den

Bamberger Tageszeitungen zu lesen waren, zum anderen die veranschlagten Kosten mit 6,5 Mio DM und die Größe des bebauten Geländes von 1,36 ha nicht alltäglich waren.

Die ersten 25 Klassen konnten den Neubau im September 1953 beziehen. Als ein Jahr später der zweite Bauabschnitt fertiggestellt wurde, war man in der Lage, für alle Abteilungen den dritten Jahrgang einzuführen und die Klassen nach Berufsfeldern zu gliedern. Damit war der innere Aufbau der Schule abgeschlossen. Die Berufsschule erhielt den Namen „Luitpold-Weegmann-Schule“ als Dank und Anerkennung für den unermüdlichen Einsatz des damaligen Oberbürgermeisters der Stadt Bamberg, der sich zusammen mit Oberstudiendirektor Ludwig Helldörfer größte Verdienste um den Bau des Hauses erworben hatte. Die offizielle kirchliche Weihe fand am 22. Mai 1955 statt. In seiner Festrede bezeichnete Oberbürgermeister Weegmann Direktor Helldörfer als „Schulmann alter Prägung, aber neuester Legierung“.

Zugunsten einer Großraumlösung wurde 1968 die Kreisberufsschule Bamberg aufgelöst und so die Berufsschule bis an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit ausgelastet. 1972 war sie der Schülerzahl nach die größte bayerische Berufsschule unter der Leitung von Oberstudiendirektor Otmar Pregler und wurde, da sie die „Maximalgröße“ erreicht hatte, laut ministerieller Anordnung geteilt. Von dieser Zeit an wurden in Bamberg eine Städtische Gewerbliche Berufsschule I mit BAS unter der Leitung von Oberstudiendirektor Otmar Pregler und eine Kaufmännisch-Hauswirtschaftliche Berufsschule II, geleitet von Oberstudiendirektor Hans-Theo Schmidt, in dem Gebäude an der Dr.-von-Schmitt-Straße geführt. Die Berufsschule I hatte allein schon 4400 Schüler. Die innere Struktur dieser Schule mit einem sehr breiten beruflichen Spektrum führte zu großen organisatorischen Schwierigkeiten. Mit Wirkung vom 1. September 1980 wurde Berthold Schramm zum neuen Schulleiter der Staatlichen Gewerblichen Berufsschule I ernannt. Er trat

die Nachfolge des verstorbenen Direktors Franz Link an, der die Schule von Oktober 1978 bis März 1980 als Nachfolger Otmar Preglers führte. Sowohl die Einführung der beruflichen Grundbildung als auch die permanente Raumnot, die seit vielen Jahren für die Situation der Schulanlagen kennzeichnend war und trotz verschiedener Erweiterungsbauten nicht beseitigt werden konnte, waren Gründe dafür, warum seitens der Stadt und des Landkreises Bamberg über eine Neuordnung der Berufsschule nachgedacht wurde. Dazu kam, dass der Vertrag zwischen der Stadt Bamberg und dem Landkreis Bamberg, in dem die

fügte. Er entwickelte aufgrund seiner vielfältigen Kenntnisse über die Schulanlage und die örtlichen Gegebenheiten innerhalb von sieben Monaten mehrere Alternativlösungen. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus sah in dem Vorschlag, eine Berufsschule für die Berufsfelder Metall-, Elektro-, Bau-, Holztechnik und Agrarwirtschaft neu zu bauen, den einzig gangbaren und sinnvollen Weg. Dabei wurde die bisherige Landwirtschaftliche Kreisberufsschule Bischberg in diese Berufsschule I integriert. Sie entstand mittlerweile an der Ohmstraße. Die Berufsschule III mit den Berufsfeldern

empfohl das Ministerium die Gründung eines Berufsschulzweckverbandes. Nach Verhandlungen zwischen Stadt und Landkreis Anfang der achtziger Jahre, Begutachtung einiger Zweckverbandssatzungen mit ähnlich gelagerten Fällen in Bayern und intensiven Beratungen im Stadtrat und Kreistag kam es zur Gründung des Zweckverbandes. Stadtrat und Kreistag stimmten zu. Seit 1. August 1981 wird der Sachaufwand für den Unterrichtsbetrieb vom Zweckverband Berufsschulen Stadt und Landkreis Bamberg aufgebracht. Die Verwaltung und Kassengeschäfte des Zweckverbandes werden beim Landkreis geführt.

In diesem Beitrag stellen wir die Berufsschule II vor. Sie betreut heute und in Zukunft (als Kompetenzzentrum):

Aus ganz Oberfranken (Bamberg, Coburg, Forchheim, Lichtenfels und Kronach):

- Drucker, Siebdrucker und Mediengestalter,
- Koch/Köchin,
- Hotel-/Restaurantfachmann/-frau,
- Fachkraft im Gastgewerbe,
- Konditor(in) bis Juli 2005,
- Hauswirtschafter(in),
- Fahrzeuglackierer(in).

Aus Bamberg, Forchheim und Coburg:

- Fleischer(in)

Aus Bamberg und Forchheim:

- Maler(in) und Lackierer(in),
- Bäcker(in),
- Fachverkäufer(in) Nahrungsmittelgewerbe, Schwerpunkt Bäckerei/Konditorei, Schwerpunkt Fleischerei.

Aus Bamberg:

- Friseur(in)
- Jungarbeiterinnen und weibliche Berufslose

Die Schule wird derzeit von 1 724 Schülerinnen und Schülern in 72 Klassen besucht. Sie verteilen sich auf die Berufsfelder:



Berufsschule II Bamberg, rechter Flügel Beginn der Berufsschule III.

Beschulung der im Landkreis beschäftigten und wohnenden Schüler geregelt war, mit Ende des Schuljahres 1980/81 auslief.

Zur Erarbeitung einer Lösung wurde deshalb der ehemalige Oberstudiendirektor Otmar Pegler – der es schon immer verstand, den „Funken zwischen Schulleiter und Lehrerschaft überspringen zu lassen“ – sowohl von der Stadt als auch von der Regierung von Oberfranken beauftragt. Herr Pegler war für die Aufgabe prädestiniert, da er auf eine 11jährige Erfahrung als Leiter der Staatlichen Gewerblichen Berufsschule zurückblicken konnte, die vielfältigen Probleme aus den Anfängen des Bamberger Berufsschulwesens kannte, über ein hervorragendes Organisationstalent ver-

Wirtschaft und Verwaltung sowie Gesundheitspflege unter Leitung von Oberstudiendirektor Schmidt und die noch zu bildende Berufsschule II mit den Berufsfeldern Textiltechnik und Bekleidung, Körperpflege, Farb- und Raumgestaltung, Drucktechnik und dem Schwerpunktfeld Ernährung und Hauswirtschaft sollten die alte Schulanlage an der Dr.-von-Schmitt-Straße nutzen. Letztere wurde dann von Oberstudiendirektor Adam ab 1982 aufgebaut. Weshalb die Neugliederung der Berufsschulen bereits vor dem geplanten Neubau der Berufsschule I vollzogen wurde, lässt sich mit der Einführung der beruflichen Grundbildung in gewerblich-technischen Berufen begründen. Als beste Lösung in Bezug auf die Trägerschaft

	männlich	weiblich	gesamt
Drucktechnik	158	81	239
Farbtechnik/Raumgestaltung	146	5	151
Körperpflege	7	120	127
Hauswirtschaft	26	190	216
Ernährung	416	575	991
Gesamt	753	971	1 724

Beschulung im Schuljahr 2003/2004:

	Klassen	Schüler
Grundstufe Druck	1	25
Grundstufe Medien	2	46
Mediengestalter	4	113
Drucker und Siebdrucker	3	55
Maler / Lackierer	5	108
Fahrzeuglackierer	2	43
Hauswirtschafterinnen	1	15
BGJ(s) Hauswirtschaft	1	17
Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)	2	42
Jungarbeiterinnen	4	122
Jungarbeiterinnen mit verdichtetem Unterricht	1	20
Friseure	6	127
Bäcker	5,5	132
Konditoren	1,5	27
Bäckereiverkäuferinnen	6	134
Fleischer	5	100
Fleischereiverkäuferinnen	4	95
Köche	8	195
Hotel-/Restaurantfachleute	10	308

Dabei erteilten den Unterricht:

25 Lehrer des höheren Dienstes, davon 16 Vollzeitkräfte, 16 Fachlehrer, davon 11 Vollzeitkräfte, sowie 16 nebenberufliche Lehrkräfte.

Die Lehrkräfte erteilten wöchentlich 880 Unterrichtsstunden. Dabei entfielen auf

Religion	70 UStd.
Deutsch	50 UStd.
Sozialkunde	72 UStd.
Fachenglisch	20 UStd.

und auf fachlichen Unterricht

der Drucktechnik	91 UStd.
der Farbtechnik	55 UStd.
der Körperpflege	56 UStd.
der Ernährung	332 UStd.
der Hauswirtschaft	129 UStd.

Neben der ordnungsgemäßen Erfüllung des Bildungsauftrages legt die Schulleitung dauerhaft sehr viel Wert auf zusätzliche moderne Unterrichtsaktivitäten wie

- Projektunterricht,
- Schülerwettbewerbe,
- Deutsch-französischer Schüleraustausch,
- Zusammenarbeit Betrieb/Schule,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Schulpartnerschaften,
- Schulentwicklung,
- Schulinnovation,
- Qualitätsmanagement.

Die staatliche Fachoberschule und Berufsoberschule Bamberg

WERNER PÖRNER

Unter der genannten Bezeichnung werden in Bamberg eine Fachoberschule und eine Berufsoberschule im organisatorischen Verbund geführt, der in dem 1999 bezogenen Neubau in der Ohmstraße untergebracht ist.

In den beiden Schulen unterrichten 51 hauptamtliche Lehrkräfte (49 im Höheren Dienst, darunter 13 mit dem Lehramt für berufliche Schulen, 2 im ge-

hobenen Dienst) und 3 nebenberufliche Lehrkräfte. Weiterhin gibt es hier 2 Seminare (Pädagogik/Psychologie und Sozialkunde) zur Ausbildung von jungen Lehrkräften für das berufliche Lehramt mit insgesamt 12 Studienreferendaren.

In der Fachoberschule werden die Ausbildungsrichtungen Sozialwesen, Technik und Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege geführt. Die Jahrgangsstufen 11 (11 Klassen) und 12 (8 Klassen) werden im laufenden Schul-

jahr von 431 SchülerInnen (je 38 % in den Ausbildungsrichtungen Sozialwesen und Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege und 24 % in der Ausbildungsrichtung Technik) besucht. Die Fachoberschule verfügt über schuleigene Werkstätten für Metalltechnik und Elektrotechnik, so dass ein Großteil der fachpraktischen Ausbildung in der Ausbildungsrichtung Technik in der Schule durchgeführt werden kann.

Zum Einzugsbereich der Fachoberschule gehören die Stadt Bamberg, der Landkreis Bamberg, der südliche Landkreis Lichtenfels, der östliche Landkreis Haßberge und zum Teil der Landkreis Forchheim.



Der 1999 von FOS und BOS bezogene Bau.

Ab dem Schuljahr 2004/2005 nimmt die Schule am neuen Schulversuch „FOS 13“ teil. Dazu wird eine Klasse der Jahrgangsstufe 13 in der Ausbildungsrichtung Sozialwesen gebildet. Ziel ist es, besonders begabten Schülerinnen und Schülern einen weiteren attraktiveren Weg zur fachgebundenen und zur allgemeinen Hochschulreife zu eröffnen.

In der Berufsoberschule werden ebenfalls drei Ausbildungsrichtungen geführt: Sozialwesen, Technik und Wirtschaft. Dabei ist die Schule in den Ausbildungsrichtungen Technik und Wirtschaft vollausgebaut, d. h. es wird neben der Jahrgangsstufe 12 auch die Jahrgangsstufe 13 zum Erwerb der fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife geführt, in der Ausbil-

dingsrichtung Sozialwesen beschränkt man sich auf die Jahrgangsstufe 12 und damit den Erwerb der Fachhochschulreife. Zusätzlich sind in allen Ausbildungsrichtungen Vorstufen und Vorklassen eingerichtet.

Im laufenden Schuljahr besuchen 266 Vollzeitschüler die 3 Jahrgangsstufen (45 % Wirtschaft, 41 % Technik und 14 % Sozialwesen) und 86 Schüler die Vorklassen.

Zum Einzugsbereich der Berufsoberschule gehören zusätzlich zum Einzugsbereich der Fachoberschule noch Stadt und Landkreis Coburg und Teile der Landkreise Kronach und Erlangen/Höchstadt.

Die Schulen sind folgendermaßen zu erreichen:

Ohmstraße 17, 96050 Bamberg,

Telefon: 0951 - 9 12 60,

Telefax: 0951 - 9 12 62 00

E-mail: fos@bnv-bamberg.de

Homepage: www.bnv-bamberg.de/fos

Die Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule

MARTIN MATTAUSCH

Am 22. März 1922 beschloss der Stadtrat von Bamberg die Errichtung einer zweiklassigen Handelsschule, die anfangs nur von Mädchen, nach zwei Jahren dann auch von Knaben besucht werden durfte. Schon am 2. Mai 1922 begann der Unterrichtsbetrieb. Die Bamberger Handelsschule wurde mit Beginn des Schuljahres 1928/29 als dreiklassige „Städtische Höhere Handelsschule mit Knaben- und Mädchenabteilung in Bamberg“ weitergeführt.

Im Jahresbericht 1937/38 wird festgestellt, „dass die Entwicklung unserer Schule gleichen Schritt hielt mit dem Wirtschaftsaufstieg“. Der Schulleiter schreibt weiter: „Aus der Tatsache, dass für das neue Schuljahr bereits Ende Februar 142 Neuanmeldungen vorlagen, kann auf unbedingte Gewähr stets zufriedenstellenden Besuchs unserer Schule geschlossen werden, ein Um-

stand, der nicht zuletzt die Stadt Bamberg zur Planung eines Neubaus für unsere Schule veranlasst hat. Die Vorarbeiten hierzu sind so weit gediehen, dass in einigen Wochen mit dem Bau begonnen werden kann.“ Durch den Ausbruch des 2. Weltkrieges kam es damals zu dem Schulneubau allerdings nicht.

Im Schuljahr 1953/54 hatten wir in den vier Eingangsklassen folgende Höchstzahlen: I a 58 Knaben, I b 57 Knaben, I c 62 Mädchen und I d 61 Mädchen. 1955 wurde die Höhere Handelsschule aufgrund schulgesetzlicher Bestimmungen in „Städtische Wirtschaftsaufbauschule Bamberg“ umbenannt.

Im Schuljahr 1963/64 erfolgte die Umstellung der Wirtschaftsaufbauschule von der dreistufigen auf die vier-



„Keine architektonischen Klimmzüge nach außen“: Die Graf-Stauffenberg-Schule in der Kloster-Langheim-Straße.

stufige Schulform, die statt auf dem siebten jetzt auf dem sechsten Volksschuljahr aufbaute.

Ab Schuljahr 1971/72 erhielt unsere Schule nicht nur die heutige Bezeichnung „Wirtschaftsschule“, sondern auch neue Studentafeln und Lehrpläne, wobei die Schülerinnen und Schüler erstmals zwischen den Wahlpflichtfächergruppen H und M wählen konnten.

Mit Beginn des Schuljahres 1974/75 konnte die Wirtschaftsschule endlich in

der Kloster-Langheim-Straße ihr neues Gebäude beziehen, das der Architekt bei der Einweihung folgendermaßen kennzeichnete: „Es hat auf gar keinen Fall etwas mit Kunst zu tun, weder gewollt noch auf Umwegen. Deswegen spreizt es sich auch nicht durch ungewöhnliche architektonische Klimmzüge nach außen. Es nimmt eine gewisse Konformität auf sich. Eine Schule ist in erster Linie Gebrauchsarchitektur.“

1979 bekam unsere Schule nach dem eng mit Bamberg verbundenen Widerstandskämpfer Claus Schenk Graf von Stauffenberg den Namen „Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule“.

Heute besuchen 550 Schüler in 18 Klassen unsere Schule. Sie wurde unter erheblichem finanziellem Aufwand ausgebaut; beispielsweise entstanden mehrere Datenverarbeitungsräume, und die Übungsfirma wurde mit mo-

derner Informationstechnik ausgestattet. Hierfür sind wir der Stadt Bamberg als städtische Schule dankbar. Die Stadt Bamberg weiß, dass Investitionen in Schule und Ausbildung keine Fehlinvestitionen sind, sondern dass solche Maßnahmen die Basis für einen erfolgreichen Start der jungen Generation in das Berufsleben darstellen. Und deswegen sollte auch weiterhin an Schule und Ausbildung nicht gespart werden. <

7. VLB-Berufsbildungskongress in Bamberg:

Berufliche Bildung neu denken – der VLB.

Stand: September 2004 – Änderungen vorbehalten

Veranstaltungsorte

BS I	Staatliches Berufliches Schulzentrum I Ohmstraße 12-16, 96050 Bamberg, Tel. (0951) 29 78 31 10
WS	Städtische-Graf-Stauffenberg-Wirtschaftsschule Kloster-Langheim-Straße 11, 96050 Bamberg, Tel. (0951) 9 14 61 00
Theater	E.T.A.-Hoffmann-Theater, E.T.A.-Hoffmann-Platz 1, 96047 Bamberg

Gesamtprogramm

Freitag, 26. November 2004

- 10.00 – 13.00 Uhr** Vertreterversammlung des VLB (BS I, Turnhalle)
- 15.00 Uhr** Öffentliche Hauptveranstaltung des 7. VLB-Berufsbildungskongresses mit der Bayerischen Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Frau Monika Hohlmeier (E.T.A.-Hoffmann-Theater)
- 17.30 Uhr** Empfang des VLB für geladene Gäste (Foyer E.T.A.-Hoffmann-Theater)
- 20.00 – 23.00 Uhr** Festliche Abendveranstaltung des VLB (Großer und kleiner Saal der VHS im alten E-Werk)

Samstag, 27. November 2004

- 09.00 Uhr** Ökumenischer Gottesdienst (St. Anna-Kirche)
- 09.00 Uhr** Lehr- und Lernmittelschau, (BS I, Eingangsebene)
- 09.00 Uhr** Handwerkskunst, (BS I, Bankraum Holz)
- 10.00 – 11.30 Uhr** Forum Bildungspolitik. Krank das vielgerühmte deutsche Ausbildungssystem?
Moderation: Hermann Sauerwein, VLB (BS I)
- 10.00 – 11.30 Uhr** Forum Dienstrecht. Podiumsdiskussion mit Vertretern der im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen
Moderation: Wolfgang Lambl, VLB (Aula BOS/FOS)
- 12.00 – 12.30 Uhr** Seniorenprogramm (siehe Rahmenprogramm)
- 13.00 – 14.30 Uhr** Arbeitskreise. Fortbildungsveranstaltungen des des Bildungs- und Förderungswerkes des VLB (siehe Arbeitskreise)
- 15.00 – 17.00 Uhr** Fortsetzung der Vertreterversammlung des VLB (BS I, Turnhalle)

Rahmenprogramm

Samstag, 27. November 2004

- 10.00 Uhr** Stadtführung in 3 Gruppen. Dauer jeweils ca. 1,5 Stunden. Voranmeldung bis spätestens 04. November 2004 unbedingt erforderlich. Alle Führungen enden nach der Dombesichtigung.
- 12.00 Uhr** Orgelkonzert im Dom. Anschließend gemeinsames Mittagessen.
- Im Anschluss daran Informationsveranstaltung mit Referat des Vorsitzenden des Bayerischen Verbandes der Ruhestandsbeamten, Wilhelm Schmidbauer (siehe Arbeitsgruppen).
- 15.30 Uhr** Ende der Veranstaltung.

Arbeitskreise am Samstag, 27. November 2004

Nachmittag, 13.00 – 14.30 Uhr

AGRARWIRTSCHAFT

Thema „Sortenschutz in heutiger Zeit“ / „Arbeit des Bundessortenamtes“
Leitung Horst Lochner, Andreas Pump

BAUTECHNIK

Thema „Attraktive und zeitgemäße Ausbildung nach dem neuen Ausbildungsmodell „2 plus 1““
Leitung Lotar Wagner

BÜROBERUFE

Thema Aktuelles / e-learning / Rückblick
Leitung Paul Beetz

DEUTSCH

Thema „Lernfelder und Bildungsstandards – wo bleibt der Deutschunterricht?“
Leitung Ludwig Rose

ELEKTROTECHNIK

Thema „Der multifunktionale Arbeitsplatz für die Ausbildung in den neuen Elektroberufen“ / „Intension und Umsetzung der neuen Lehrplanrichtlinien“
Leitung Hans-Jürgen Stobinski

FACHLEHRER

Thema „Fachlehrer an beruflichen Schulen – der Praktiker im Lehrerteam“
Leitung Dorothea Helbig

FERTIGUNGSTECHNIK / METALLTECHNIK

Thema „Offener Informationsaustausch über die Umsetzung des neuen Lehrplanes“
Leitung Ludwig Mühlegger, StD (BS Altötting)

FINANZBERUFE

Thema „Der Unterricht in den Bankfachklassen: Stundentafel und Stoffkatalog“
Leitung Werner Kiese

FOS/BOS

Thema „Die aktuelle Entwicklung an FOS und BOS“
Leitung Hansjörg Bosch

FREMDSPRACHEN

Thema „Lehrergenehmigung für Englisch in neugestalteten Ausbildungsberufen – dargestellt am Beispiel des Berufsfeldes Elektrotechnik“
Leitung Wolfgang Towara

GESUNDHEITSBERUFE

Thema „Ausbildung der Fachpraxislehrer an den BFS des Gesundheitswesens“
Leitung Wolfgang Lamprecht

GESUNDHEIT / HELFERINNENBERUFE

Thema „Die neuen lernfeldorientierten Lehrpläne (ZFA: Erfahrungen, Kritik / AH geplant ab Schuljahr 2005/05)“
Leitung Gereon Remppe

HANDELSBERUFE

Thema „Handel im Wandel“
Leitung Gerhard Hacker

HAUSWIRTSCHAFT

Thema „Wohin steuert die Hauswirtschaft?“
Leitung Gertraud Kieslich

HOLZTECHNIK

Thema „Die Schreiner Ausbildung in der Schweiz – ein Weg für uns?“ (mit Ausstellung)
Leitung Josef Heller

INFORMATIONSTECHNIK / ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Thema „VLB online – aktive Verbandsarbeit im Internet“
Leitung Johannes Münch

INFORMATIONSVERRARBEITUNG

Themen „Neuerungen im IT-Bereich“ / „Erfahrungen mit den IT-Berufen“
Leitung Roman Ferstl

JUGENDLICHE OHNE AUSBILDUNGSVERHÄLTNIS

Thema „Produktionsorientierte Beschulungsformen“
Leitung Gerhard Müller

KFM. BFS und FS

Thema „Erfahrungsaustausch der BFS für kaufmännische Assistenten“
Leitung Einar Kerler

KFZ-TECHNIK

Thema „Prüfungen im Kfz-Bereich, Umsetzung des neuen Lehrplans“
Leitung August Deinböck

LEHRER(FORT)BILDUNG

Thema „Lehrerbildung zwischen Umbruch und Aufbruch“
Leitung Heiko Pohlmann

PERSONALVERTRETUNG

Thema „Die Lehrerunterrichtszeiterfassung (LUZ) – Fluch oder Segen?“
Leitung Wolfgang Lambl, HPR

RELIGION

Thema „Sehen lernen. Religionspädagogische Führung durch den Bamberger Dom“
Leitung Ansgar Feldmann

SCHREIBTECHNIK

Themen „Neufassung der DIN 5008 1a“ / „Datenbankverwaltung mit Access in der Textverarbeitung“
Leitung Siegbert Ulbrich

SCHULLEITER

Thema „Fremdevaluation – ein konstruktiver Beitrag zur Schulentwicklung?“
Leitung Berthold Gehlert

SCHULPSYCHOLOGIE/BERATUNG

Thema „Gewalt pariert“ – Handlungssicherheit in aktuellen Gewaltsituationen trainieren
Leitung Bruno-Ludwig Hemmert

SENIOREN

Thema „Die Altersversorgung – Talfahrt ohne Ende?“
Leitung Berthold Schulter

SOZIALPÄDAGOGIK FH

Thema „Supervision – (d)ein anderer Blick“
Leitung Franz Marchner

SOZIALPÄDAGOGIK / SOZIALPFLEGE (hd)

Thema „Aktuelle Bildungsthemen aus dem beruflichen Schulwesen“
Leitung Wilhelm Ott

SPORT

Thema „Volleyball im Berufsschulsport“ – alternative Methoden
Leitung Thomas Oschmann

VERSORGUNGSTECHNIK

Thema „Vorstellung der Gesellenprüfung nach neuem Lehrplan“
Leitung Martin Brouer

WIRTSCHAFTSSCHULEN

Themen „Öffentlichkeitsarbeit an Wirtschaftsschulen“ / „Aktuelles zu Wirtschaftsschulen“
Leitung Bernhard Zeller

Pressegespräch der bayerischen SPD-Landtagsfraktion:

Lehrerbildung in Rheinland-Pfalz

HEIKO POHLMANN

„Zum Thema Lehrerbildung für berufliche Schulen müssen wir eine eigene Pressekonferenz durchführen“, so Prof. Dr. Hermann Saterdag vom Wissenschaftsministerium in Rheinland-Pfalz. Ein durchgängiges Konzept für das Studium des Lehramtes an beruflichen Schulen konnte er nämlich bei der Pressekonferenz der SPD-Landtagsfraktion nicht vorstellen.

„Bessere Lehrerbildung für besseren Unterricht“

Mit dem gegenwärtig auch politisch endlich diskutierten wichtigen Thema „Bessere Lehrerbildung für besseren Unterricht“ hatte die bayerische SPD mit Prof. Saterdag als Experten zu einer Pressekonferenz eingeladen. Als Regierungsbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz für die Reform der Lehrerbildung legte er ein an sich schlüssiges Konzept vor, das dem Bologna-Prozess folgend die Lehramtsstudiengänge modularisiert und als Bachelor- und Masterstudiengänge neu organisiert. Während mit den neuen Studiengängen die

Professionalität der Tätigkeit der Lehrkräfte verbessert werden soll, gelten als weitere Eckpunkte des Konzeptes die Verkürzung der Ausbildungsdauer, die Errichtung von Lehrerbildungszentren und das gestufte Studium mit Bachelor- oder Masterabschlüssen, die den internationalen Vereinbarungen entsprechen. Die Kerncurricula dazu werden gerade erarbeitet.

Neue Studiengänge

In diesem gestuften System dauert das Bachelor-Studium drei Jahre. Studiert werden zwei schulrelevante Fachwissenschaften und das neue Fach Bildungswissenschaften, deren Inhalte teilweise schulartübergreifend und teilweise schulartbezogen gestaltet sind.

Das schulartbezogene Master-Studium beinhaltet je nach Lehramt zwei bis vier Semester, wobei für das Lehramt an beruflichen Schulen und an Gymnasien vier Semester vorgesehen sind. Ergänzt werden beide Studiengänge durch Praktika, die von den Studienseminaren organisiert und durchgeführt werden. Daher wird der Vor-

bereitungsdienst auf ein Jahr verkürzt. Entscheidend ist aber, dass kein grundlegendes Konzept für das Lehramt an beruflichen Schulen mit einer vorhergehenden Lehre oder dem gelenkten Praktikum vorliegt, stattdessen sollen Fachhochschulabsolventen mit dem gleichwertigen Bachelor-Abschluss direkt in den Masterstudienang einsteigen können.

Antrag der SPD-Fraktion

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Hochschule, Forschung und Kultur der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Vogel, forderte in seinem Statement: „Eine Reform der Lehrer- und Lehrerinnenbildung muss auch in Bayern endlich eingeleitet werden. Der Lehrerbildung kommt bei der Qualität der Ausbildung der Schülerinnen und Schüler eine zentrale Bedeutung zu.“ Daher fordert die SPD in Bayern auf der Grundlage dieses von Prof. Saterdag vorgestellten Modells in einem Antrag an den Bayerischen Landtag, die Voraussetzungen für eine Reform der Lehrerbildung zu schaffen. Gleichzeitig wird darin die Gleichwertigkeit aller Lehrämter gefordert, damit sich Leistung bezahlt macht. Alle Lehrkräfte sollen gleichwertig eingestuft werden, wobei sich der berufliche Aufstieg an der im Schulalltag erbrachten Leistung orientiert. <



Lern- und Lehrmittel für
berufsbildende und
allgemein bildende Schulen

Besuchen Sie uns im Internet unter
www.handwerk-technik-shop.de
oder fordern Sie *kostenlos* unser
Gesamtverzeichnis 2004 an!

Verlag Handwerk und Technik GmbH
Postfach 63 05 00
22331 Hamburg

Telefon 040 53808-0 · Telefax 040 53808-108
info@handwerk-technik.de · www.handwerk-technik-shop.de



Wir stellen aus!
Berufsbildungskongress
am 26. + 27.11.2004
in Bamberg

Erfolgreiche und praktikable kollegiale Beratung unter Lehrern:

„Critical friends“

STEFAN REHM

Nach rund einem Jahr ziehen die „Critical friends“ von der BS II in Traunstein sowie vom BSZ Starnberg eine durchwegs positive (Zwischen-)Bilanz ihres gleichnamigen Projekts.

Unter wissenschaftlicher Begleitung von Prof. Dr. Macha (Uni Augsburg) sowie Dipl.-Psych. Bauhofer starteten je vier Lehrkräfte der beiden Schulen im Oktober 2003 ein schulübergreifendes Projekt zur kollegialen Beratung von Lehrkräften. Zwischenzeitlich fanden sechs Projekttag mit allen Projektteilnehmern, eine Vielzahl von Arbeitsgruppensitzungen sowie gegenseitige Unterrichtsbesuche statt.

Dank der wissenschaftlichen Begleitung wurden die teilnehmenden Lehrkräfte befähigt, sich mithilfe des Modells der kollegialen Beratung gegenseitig ehrliche Situationsanalysen, konstruktive Hilfestellungen und praktikable Lösungsansätze zu erarbeiten. Dieses Modell ist hervorragend für unterschiedlichste konkrete Probleme und Schwierigkeiten im Unterricht bzw. im Umgang mit Schülern, Kollegen sowie weiteren Personen geeignet. Zu Beginn einer kollegialen Beratung werden die Rollen wie etwa des Moderators sowie des Fallgebers verteilt. Ausgehend von einem oftmals noch unscharfen persönlichen Anliegen des Fallgebers versucht die Gruppe eine eindeutige Zielfrage zu formulieren. Nach Festlegung einer geeigneten Beratungsmethode werden Lösungsvorschläge für diese Schlüsselfrage erarbeitet und anschließend dem Fallgeber vorgestellt. Dieser bewertet die Alternativen subjektiv und wählt für ihn passende aus. Mit einer kurzen Abschlussrunde endet die einzelne Beratungseinheit.

Permanentes Arbeitsprinzip bei der kollegialen Beratung ist gegenseitige Wertschätzung und Respekt vor heterogenen Einstellungen und Meinungen. Notwendige Voraussetzungen für

erfolgreiches Arbeiten in einer kollegialen Beratungsgruppe sind gegenseitige Sympathie, Vertrauen und die Bereitschaft sich selbst ein Stück weit offen zu legen. Als hilfreich für das gegenseitige Verstehen und als persönlich

Starnberg: von links: Alexander Stelzl, Michaela Oettl, Claudia Schrickler, Katja Fohrmann, Klaus Jürgen Schickan.



Traunstein: von links: Dr. Peter Langer, Markus Griebenböck, Axel Dennewill, Gerhard Rusch, Stefan Rehm.



sehr aufschlussreich haben sich die Ergebnisse des Myers-Briggs-Typenindikators (MBTI-Test) erwiesen. Letzterer dient zur Typisierung des eigenen Charakters und keineswegs zur Einteilung in gut bzw. schlecht. Nicht wenige Probleme im alltäglichen Leben beruhen schlicht auf mangelnder Einsicht und fehlendem Verständnis der verschiedenartigen Wahrnehmung und des unterschiedlichen Entscheidungsprozesses von Menschen.

Die „critical friends“ veranstalten gegenseitige Unterrichtsbesuche jedoch ohne die Nachteile der „Beurteilung“ hervorzurufen. Ohne erhobenen Zeigefinger oder Besserwisseri werden die Erfahrungen gegenseitiger Unterrichtsbesuche anschließend gemeinsam analysiert und besprochen. Der Besuchte, aber auch der Beobach-

ter können auf diese Weise in der Praxis neue Erkenntnisse gewinnen und ihre Unterrichtskompetenz stärken. Beobachtungskriterien und -indikatoren werden jeweils vorher festgelegt.

Dieses Modell erwies sich als sehr unkompliziert und anpassungsfähig in der praktischen Anwendung. So werden die „critical friends“ sicherlich auch in Zukunft lebendig bleiben und in der nächsten Phase die schulinterne

Zusammenarbeit betonen, um die zeitlichen und finanziellen Ressourcen zu schonen. Ergänzend sollen auch weiterhin schulübergreifende Treffen mit wissenschaftlicher Begleitung stattfinden.

Hat diese Schilderung Ihr Interesse geweckt? Dann könnten Sie sich ja mit gleich gesinnten Kollegen zusammenschließen und eine eigene Gruppe von „critical friends“ an Ihrer Schule gründen. Warum nicht zum Beispiel den pädagogischen Tag als Einstieg zur kollegialen Beratung nutzen? Für einen persönlichen Erfahrungsbericht sowie Tipps aus der Praxis stehen die „critical friends“ aus Starnberg und Traunstein gerne bereit. In jedem Fall ist in der Anfangsphase einer kollegialen Beratungsgruppe professionelle Begleitung anzuraten. <

Schreiben des VLB an Ministerpräsident Edmund Stoiber und mit gleichem Wortlaut an Kultusministerin Monika Hohlmeier, 13. September 2004

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber,

wir bedanken uns sehr herzlich für die erfolgreiche Einstellungsrunde 2004/05 im Bereich des Lehrernachwuchses für die beruflichen Schulen, konnte doch dadurch scheinbar einem drohenden Anstieg des Unterrichtsausfalles an unseren Schulen entgegengewirkt werden.

Mit großer Bestürzung mussten wir allerdings zur Kenntnis nehmen, dass der Bayerische Landtag in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause den beruflichen Schulen Mittel für 60 Planstellen zur Finanzierung der Gymnasialreform entzog. Diese Mittel stammen aus dem „Topf“ für nb-Lehrkräfte und reißen an den Schulen – insbesondere im Bereich des fachpraktischen Unterrichts – große Löcher, die nicht geschlossen werden können. Die Ausbildungsbetriebe werden dies nicht tolerieren. Unmittelbar vor Beginn des neuen Schuljahres wurden als Last-Minute-Maßnahme weitere 26 Planstellen durch Kürzung der Anrechnungsstunden eingezogen. Diese Kürzung trifft an den beruflichen Schulen insbesondere die Leistungsträger, die für Schulentwicklung, Qualitätssicherung und Lehrerbildung Verantwortung tragen.

Gerade in einer Zeit großer Veränderungen und steigender Schülerzahlen (z. B. FOS: + 10 %, BOS: + 15 %, Jugendliche ohne Auszubildungsverhältnis: + 20 %) sind diese o. g. Maßnahmen demotivierend und kontraproduktiv.

Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, bei allem Verständnis für die Reform des Gymnasiums, die beruflichen Schulen nicht zu übersehen, sind sie es doch, die durch ihre Absolventen im Wesentlichen das Bruttosozialprodukt unseres Staates erarbeiten. Ohne gut ausgebildete Fachkräfte wird der wirtschaftliche Aufschwung in unserem Lande nicht möglich sein.

Es scheint uns der Hinweis angebracht, dass zur Stunde noch immer ca. 20 000 junge Leute ohne Ausbildungsplatz sind und der Ausbildungspakt offenbar nicht mehr als eine reine Absichtserklärung ist.

Im Zusammenhang mit der von Ihnen erhobenen Forderung nach Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung ersuchen wir Sie herzlich um Rücknahme beider Maßnahmen zum Wohl der Jugend im Beruf.

*Mit freundlichen Grüßen
H. Sauerwein, Landesvorsitzender*

Schreiben des VLB an Kultusministerin Monika Hohlmeier, 13. September 2004

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hohlmeier,

die Reform des BBiG und dessen Fortschreibung sowie die Anpassung an die Veränderungen in der Ausbildungslandschaft sind ein besonderes Anliegen unseres Verbandes. Ausgehend vom vorliegenden Gesetzentwurf bitten wir um Unterstützung bei folgenden Punkten:

1. § 42, Absatz 2 – Einbeziehung der berufsschulischen Leistungen unserer Schüler/innen

Die Auszubildenden verbringen ca. 25 – 30 % ihrer Ausbildungszeit in den beruflichen Schulen. Sie erhalten dort eine fundierte fachtheoretische und fachpraktische Ausbildung. Es ist deshalb nur konsequent, in das Gesamtergebnis der Abschluss- oder Gesellenprüfung die berufsschulischen Leistungen einzubeziehen.

2. § 27 a, Absatz 1 – Anrechnung von schulischen Berufsqualifikationen

Immer mehr Jugendliche beginnen eine Berufsausbildung in vollschulischer oder teilschulischer Form. Innerhalb dieser Bildungsgänge erwerben sie fundierte Kenntnisse und Fertigkeiten, die der dualen Ausbildung gleichwertig sind. Es ist daher zwingend erforderlich, dass die nachgewiesenen Qualifikationen bei der Ausbildungsdauer und beim Ausbildungsabschluss voll anerkannt werden.

3. § 77, Absatz 1 – Berufsbildungsausschuss

In einem dual-kooperativen Ausbildungssystem ist es nicht mehr als recht und

Änderung des BBiG

billig, dass beide Partner annähernd gleiche Rechte und Pflichten haben. Dies erfordert Sitz und Stimme der Berufsschullehrer im BBA.

4. Erweiterte Zuständigkeit des BBiG

Leider wurde im vorliegenden Gesetzentwurf die Chance vertan, die gesamte berufliche Bildung unterhalb der Hochschulebene in einem Gesetz zu erfassen und bundeseinheitlich zu regeln. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, warum der künftig steigende Beschäftigung und Ausbildungsbereich Gesundheit, Pflege und Soziales nicht in den Gesetzentwurf integriert wurde.

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, wir konzentrieren uns in unseren Ausführungen nur auf die Belange, die uns besonders unter den Nägeln brennen und erbitten im Bundesrat und den mit dem Thema befassten Ausschüssen Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. Sauerwein, Landesvorsitzender

Schreiben des Kultusministeriums
u. a. an den VLB, 27. August 2004

Personalverhältnisse an den staatlichen beruflichen Schulen (ohne FOS/BOS); hier: Kürzung der An- rechnungsstunden

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Nachtragshaushaltsgesetz 2004 sieht u. a. Mittelkürzungen vor, die durch die Kürzung von Anrechnungsstunden auszugleichen sind. Das Einsparvolumen beläuft sich bei den beruflichen Schulen ohne FOS/BOS auf 26 Planstellen.

Durch die Reduzierung der Anrechnungsstunden ab 1. September 2004 um je eine Stunde für die Seminarlehrertätigkeit (festgelegt in der Änderungsbekanntmachung zur Unterrichtspflichtzeit der Lehrkräfte an beruflichen Schulen, Veröffentlichung im September 2004 im KWMB1 I) werden 4 Planstellen eingespart.

Das restliche Einsparvolumen verteilt sich auf 4 Planstellen bei der Regierung von Oberbayern und je 3 Planstellen bei den übrigen Regierungen.

Die Regierungen werden gebeten, die Einsparvorgabe umzusetzen. Für den Umfang der anteiligen Kürzung werden keine generellen Vorgaben gemacht. Ausgenommen von einer Kürzung sind Anrechnungsstunden für Schulleiter, Systembetreuer und Schulpsychologen.

Dem Staatsministerium sind bis 31. Dezember 2004 die entsprechenden Planstellen (Planstellen für Studienräte der BesGr. A 13) zum Einzug mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Thomé, Ministerialdirigent

Schreiben des Kultusministeriums
u. a. an den VLB, 8. September 2004

Kürzung der Anrech- nungsstunden an den staatlichen beruf- lichen Schulen (ohne FOS/BOS)

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 27. 08. 2004 ist eine Kürzung von Anrechnungsstunden an den beruflichen Schulen erforderlich. Aufgrund von Rückfragen einzelner Regierungen wird darauf hingewiesen, dass ein Verzicht auf die Kürzung von Anrechnungsstunden an den Schulen nicht möglich ist.

Beim Einzug der Planstellen können jedoch statt Stellen des höheren Dienstes ggf. auch Stellen des gehobenen Dienstes angeboten werden; die Zahl der abzugebenden Stellen würde sich bei Stellen des gehobenen Dienstes erhöhen (z. B. statt Abgabe von 3 Planstellen hD Abgabe von 5 Planstellen gD).

Mit freundlichen Grüßen
Thomé, Ministerialdirigent

Auf den aktuellen Stand gebracht:

Neuer Lehrplan Sozialkunde

DIETER CLAUS

Zwölf Jahre alt wurde der alte Sozialkundelehrplan für Berufsschulen. Seine Lernziele enthielten didaktische Schwerpunkte. Fast detailliert formuliert wurden die Lerninhalte. Berufsanfänger wussten, was zu unterrichten war. Wenige Jahre nach der Wende waren die DDR und der Sozialismus noch eine Unterrichtseinheit wert. Mit der Thematisierung der Migration, allerdings als fakultatives Lernziel, ließ der alte Lehrplan Weitblick erkennen. Freilich, die Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte sind nicht die gleichen geblieben. Konfliktthemen wie Globalisierung und Terrorismus haben engagierte Sozialkundeführer selbstständig als Lerngegenstand aufgenommen. Dem Siegeszug der Handlungsorientierung und dem Konzept der Schlüsselqualifikationen konnte sich auch das allgemeinbildende Fach Sozialkunde nicht verschließen. Kurzum: Es musste ein neuer Lehrplan her. Was ist nach zweijähriger Planung entstanden? „Alter Wein in neuen Schläuchen“ könnte der Leser des neuen Lehrplanes bei flüchtiger Betrachtung denken. Er ist keine radikale Abkehr von den bisherigen Inhalten politischer Bildung an Berufsschulen. Aus diesem Grund kann er ab dem Schuljahr 2004/2005 bereits für alle Jahrgangsstufen eingeführt werden (Amtsblatt Nr. 13 vom 15. Juli 2004, Seite 161), verpflichtend ist für das laufende Schuljahr zunächst nur die 10. Jahrgangsstufe. Berufsanfänger müssen also nicht einmalig „obsolete“ Themen vorbereiten und erfahrene Lehrkräfte können sich allmählich vom alten Lehrplan trennen. Schwer fallen wird ihnen evtl. der Abschied von den Themen, die von der Geschichte der Bundesrepublik handeln. Die Lehrplankommission war der Meinung, dass Zeitgeschichte in ausreichendem Umfang in den Vorgängerschulen unterrichtet wird. So bleibt es beim einzelnen Lehrer, Einzelthe-

men auch mit einer historischen Dimension zu versehen. Geschichtliche Bezüge nimmt der neue Lehrplan in seinen Lernzielen explizit nur an zwei Stellen auf, und zwar im Rahmen des nun selbstständigen Lerngebietes „Europa“ und beim Lernbereich „Soziale Sicherung“. „Geschichte der Sozialversicherung“ muss allerdings nicht verpflichtend vermittelt werden. Wie sein Vorgänger legt der „Lehrplan 2004“ ein obligatorisches Grundprogramm fest. „Sternchenthemen“ bzw. kursiv gesetzte Lernziele bieten ein Zusatzprogramm dar.

Wenn derzeit die Sozialkundeführer die Lerninhalte des gültigen Lehrplanes für die 10. Jahrgangsstufe analysieren, dann stellen sie fest, dass der Umbruch moderat stattfindet. Die Lerngebiete „Ausbildung und Beruf“ sowie „Soziale Sicherung“ mussten in ihrer Grundstruktur erhalten bleiben, da ihre Inhalte häufig Elemente der Berufsabschlussprüfungen sind. Der neue Lehrplan für Sozialkunde an Berufsschulen hat also weiterhin sein schultypisches Profil. Hierzu gehört auch der Themenbereich „Recht“, der in allgemeinbildenden Schulen nicht im Fach Sozialkunde zu finden ist.

Bekannt vorkommen wird älteren Kollegen und Kolleginnen das neue Lerngebiet „Soziale Beziehungen“. Es ähnelt stark einem Grobziel des vorletzten Lehrplanes, beinhaltet jetzt aber verpflichtend den ehemals fakultativen Themenbereich „Familie“ und nimmt mit „Methoden zur Konfliktbeilegung bzw. -verhinderung“ ein sozialpädagogisches Thema auf, das angesichts der zu beobachtenden strukturellen Gewalt unter Jugendlichen in verschiedenen Berufsschulklassen von großer Relevanz sein kann. Eine hohe Bedeutung für jeden einzelnen Berufsschüler wird zukünftig die Unsicherheit der individuellen Erwerbsbiographie darstellen. Mit „Arbeitswelt im Wandel“ hat die Lehrplankommission diese Thematik zu Recht aufgegriffen und mit aktuellen Aspekten versehen.

„Wo sind die Bundesorgane?“, fragen sich spätestens im kommenden Schuljahr die Sozialkundeführer. Nur an einem konkreten Konflikt oder in einem ausgewählten Politikfeld lassen sich zukünftig die Staatsorgane der BRD und Organe der EU behandeln. Zur Institutionenkunde will der neue Lehrplan keinerlei Gelegenheit bieten. „Wissensvermittlung ist deshalb nicht Selbstzweck, sondern dient stets dem Problemverständnis und der Urteilsfähigkeit.“ (Lehrplan, S. 7). Praktiker werden sich dennoch fragen, ob ohne vorangestelltes Grundlagenwissen Problemverständnis möglich wird. Engagierte Lehrkräfte haben immer schon die Bundesorgane im Kontext des aktuellen Politikgeschehens erarbeitet. Das Lerngebiet 11.3 „Repräsentation und Wahl“ greift inhaltlich wie begrifflich politische Entwicklungen der letzten Jahre auf, wengleich „Personalisierung von Politik“, „Populismus und Vermarktung von Politik“ schon in der Vergangenheit erkennbar wurden.

Nicht mehr Anhängsel im Themenbereich „Wirtschaftspolitik“, sondern eigenständiges und klar zukunftsorientiertes Lerngebiet ist im neuen Lehrplan der Ökologiegedanke. Daneben steht Traditionelles, wie z. B. der Themenbereich „Internationale Beziehungen“. Vielleicht stellt der neue Lehrplan eine Gelegenheit dar, diesem bedeutsamen Thema mehr Aufmerksamkeit als bisher einzuräumen, zumal der Lehrplan eine Veränderung der Reihenfolge innerhalb einer Jahrgangsstufe zulässt und in kaufmännischen Berufsschulen Wirtschaftspolitik schon in der Allgemeinen Wirtschaftslehre unterrichtet wird. Für die Schüler wäre es ein Zuwachs an Allgemeinbildung, für das Fach zweifelsohne eine Aufwertung.

In seiner methodischen Ausrichtung, die im Abschnitt Fachprofil und in den Hinweisen zum Unterricht erkenntlich wird, orientiert sich der neue Lehrplan an einem problem- und handlungsorientierten Unterricht. Ob die Lehrerschaft diese Intention umsetzen wird, ist abhängig von einem überzeugenden Ausbildungs- und Fortbildungsangebot. <

Zur Neuordnung des Ausbildungsberufs Verkäufer/-in und Kaufmann/-frau im Einzelhandel:

Das Warenwirtschaftssystem als neues Unterrichtsprinzip?

SUSANNE APPELSMEYER /
MANUELA SCHMIDT

Hintergrund

Die Neuordnung des Ausbildungsberufes Verkäufer/-in und Kaufmann/-frau im Einzelhandel fordert eine Einbindung der Thematik Warenwirtschaft in den Unterricht aller Jahrgangsstufen.

In der betrieblichen Praxis ist das Thema Warenwirtschaft auf eine Software reduziert, die im Hintergrund läuft und die einzelnen Funktionsbereiche miteinander vernetzt. Die reine Anwendung dieses Systems bewirkt jedoch nicht unbedingt mehr Verständnis der Auszubildenden für betriebswirtschaftliche Zusammenhänge.

Aus diesem Grund ist es notwendig, das Thema Warenwirtschaft im Berufsschulunterricht zu behandeln. Gleichzeitig müssen sich die Schüler aber auch mit einem WWS-Programm auseinandersetzen und betriebliche Fallsituationen praktisch und handlungsorientiert durchspielen.

Die Forderung nach einer Integration der Warenwirtschaft in den alltäglichen Unterricht stößt jedoch sehr schnell an räumliche, organisatorische und personelle Grenzen.

Räumlich: Meist sind an Schulen nicht ausreichend Computerräume vorhanden, um den Schülern im entsprechenden Kontext die Möglichkeit zu geben, an den PCs selbst das Erlernete umzusetzen.

Organisatorisch: Aus gutem Grund werden für das Fach Datenverarbeitung traditionell an vielen Schulen die Klassen geteilt. Zukünftig muss gewährleistet werden, dass durch eine Absprache der Lehrkräfte die den fachtheoretischen Unterricht und den „Datenverarbeitungsunterricht“ abhalten der Lernfeldcharakter des Faches Einzelhandelsprozesse sichergestellt wird.

Personell: Natürlich ist jeder Handelslehrer mit dem Thema Warenwirtschaft vertraut und unterrichtet dies auch bisher in seinem Wirtschaftslehreunterricht. D. h. aber nicht, dass jeder Handelslehrer zugleich Experte in unterschiedlicher WWS-Software ist oder sein sollte!

Wird unter oben genannten Voraussetzungen die Warenwirtschaft bzw. das Warenwirtschaftssystem zum Unterrichtsprinzip, könnte die Gefahr bestehen, dass das Thema völlig theoretisiert oder nur am Rande behandelt wird. Damit wird man der wachsenden Bedeutung des Themas in der betrieblichen Praxis nicht gerecht.

Methodisch-didaktische Umsetzung des Themas Warenwirtschaft

Aus den oben genannten Erfahrungen heraus wird die Warenwirtschaft derzeit an unsere Schule (B6, Nürnberg) zweigleisig behandelt:

- **Fachunterricht in allen drei Jahrgangsstufen**
Theoretischer Überblick über die Warenwirtschaft im Betrieb
- **Projekttag in der 12. Jahrgangsstufe**
Durchspielen von Fallsituationen am PC unter Einsatz der pädagogischen WWS-Software E.V.A.

Das Projekt „DV-Warenwirtschaft“ wird in allen 12. Klassen als eintägiges Seminar mit folgendem Ablauf durchgeführt:

1. Überblick über die Warenwirtschaft eines Einzelhandelsbetriebes

Um den Seminarcharakter der Veranstaltung zu gewährleisten, werden die theoretischen Grundlagen mit Hilfe einer Power-Point Präsentation vermittelt. Die Unterlagen

werden den Schülern als Seminarmappe ausgehändigt. (Zeitbedarf: 2 Unterrichtsstunden)

- **Der Warenfluss im Betrieb**
Darstellung der Warenbewegungen in Bezug auf die beteiligten Abteilungen
- **Erleichterung durch EDV-Unterstützung**
Projektion der Einsatzmöglichkeiten (Hard- und Software) auf die entsprechenden Bereiche
- **Sorgfaltspflicht bei Datenerfassung**
Ein- und Ausgabedaten, EAN-Code, Auswirkungen sorgloser Datenerfassung

2. Praktische Anwendung

Die im Programm vorgesehenen zusätzlichen Übungsmöglichkeiten werden als Mittel der Inneren Differenzierung eingesetzt, um der unterschiedlichen EDV-Vorbildung der Schüler Rechnung zu tragen. (Zeitbedarf: 6 Unterrichtsstunden)

- **Stammdatenpflege**
Artikelneuaufnahme, Änderung Verkaufspreis/Sortiment/Personalbestand
- **Bestellwesen / Wareneingang**
Bestellvorschläge (automatische und manuelle Bearbeitung), Manuelle Bestellungen, Bestellungen kontrollieren, Order an Lieferanten, Wareneingang
- **Warenverkauf**
Verkäufe, Kassenabschluss, Einreichung von Lastschriften, Warenverkauf gegen Lieferschein
- **Auswertungen**
Umsatzzahlen (Verkäufer, Kunden, Warengruppen) einschließlich Vergleichszahlen, Renner- / Penner-Listen usw.
- **Quiz zum Warenwirtschaftssystem Schriftverkehr**
Abänderung von Mustertexten an Kunden und Lieferer, Erstellung neuer Texte, Ausstellung von Gutscheinen
- **Kundenbestellung**
Gesamtabsicherung zum Thema Warenwirtschaftssystem, Stammdatenerfassung, Bestellung, Ordeerstellung, Wareneingang, Warenverkauf

• **Kalkulation**

Berechnung von handlungsorientierten Aufgaben zur Kalkulation

Am Ende des Seminartages erhalten die Schüler eine Teilnahmebescheinigung, die mittlerweile einen hohen Stellenwert bei den Auszubildenden und den Betrieben hat.

Die Schüler sind dank des pädagogischen Konzeptes der WWS-Software E.V.A. in der Lage, die oben genannten Beispiele selbstständig und eigenverantwortlich durchzuspielen.

E.V.A. ist aus den Erfahrungen mit kommerziellen wie auch didaktisch konzipierten Warenwirtschaftssystemen entstanden und bietet gegenüber anderen Programmen folgende Vorteile:

Das größte Problem beim Einsatz üblicher Warenwirtschaftsprogramme im Unterricht ist die permanent erforderliche Programmpflege; sie kann auf Dauer keinem Kollegen zugemutet werden. Bei E.V.A. ist diese nicht notwendig und trotzdem stehen im Unterricht immer aktuelle Daten zur Verfügung. Ermöglicht wird dies u. a. durch eine Anpassung aller Datumsfelder in den E.V.A. - Dateien an das Systemdatum. Zudem werden Fehleingaben durch Plausibilitätskontrollen unmöglich.

Zu allen Programmteilen von E.V.A. ist eine kontextbezogene Hilfe vorhanden, die den Programmablauf und die Ein- und Ausgabe von Daten, soweit diese nicht selbsterklärend sind, erläutert. Die Schüler lernen so, sich selbstständig in einem neuen EDV-Programm zurechtzufinden und eigenverantwortlich betriebliche Problemstellungen zu lösen.

Durch die Organisation als ganztägige Seminarveranstaltung und den Einsatz der pädagogischen Software erhalten die Schüler in konzentrierter Form einen umfassenden Einblick in den Warenfluss eines Betriebes und die Einsatzmöglichkeiten eines Warenwirtschaftsprogramms. Die pädagogische Konzeption ermöglicht Ihnen das Gelernte zu systematisieren um es auf andere Programme übertragen zu können und so ihr Handlungsrepertoire zu erweitern.

Ausblick

Die Durchführung eines Projekttages wird auch nach der Neuordnung des Ausbildungsberufes und der Anpassung des Rahmenlehrplanes die Be-

handlung des Themas sinnvoll ergänzen.

Die Einbindung der praktischen Arbeit mit einer WWS-Software wäre folgendermaßen denkbar:

<p>Lernfelder (Auszüge aus dem Rahmenlehrplan für den Ausbildungsberuf Verkäufer/-in und Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel)</p>	<p>Praktische Umsetzung mit E.V.A. Warenwirtschaftssystem</p>
<p>Lernfeld 3 (1. Ausbildungsjahr) Kunden im Servicebereich Kasse betreuen Die Schülerinnen und Schüler wickeln Kassivorgänge unter Berücksichtigung von Kundenkarten und Gutscheinen ab und bedienen die Kasse entsprechend der betrieblichen Bestimmungen. Sie erstellen Quittungen und Rechnungen und beachten dabei umsatzsteuerliche Vorschriften. Sie führen Kassenabrechnungen durch, erstellen Kassenberichte und werten sie aus. Dazu setzen sie bereits bekannte, gängige Rechenverfahren ein. Sie nutzen das Kassensystem als ein Instrument zur Erfassung von Verkaufsdaten im Warenwirtschaftssystem.</p>	<p>Wenn die räumlichen, personellen sowie organisatorischen Voraussetzungen an der Schule vorliegen, können die jeweiligen E.V.A.-Module integrativ im Lernfeld behandelt werden.</p>
<p>Lernfeld 6 (2. Ausbildungsjahr) Waren beschaffen Auf der Grundlage warenwirtschaftlicher Daten planen sie den Beschaffungsprozess. Dazu ermitteln sie unterschiedliche Bezugsquellen, Konditionen und Preise.</p>	<p>Ist dies nicht möglich, ist eine ganztägige Seminarveranstaltung im 1. Ausbildungsjahr als Abschluss der Lernfelder 6 und 7 sinnvoll, in der der Warendurchfluss am Beispiel eines Modellunternehmens simuliert wird: Die Schüler bearbeiten eigenverantwortlich mit Hilfe des E.V.A. Warenwirtschaftssystems die Bestellung, die Annahme der Ware und (als Rückgriff auf Lernfeld 3) den Verkauf.</p>
<p>Lernfeld 7 (2. Ausbildungsjahr) Waren annehmen, lagern und pflegen Sie kontrollieren die Ware anhand von Belegen und erfassen die Artikel, auch unter Nutzung eines informationstechnischen Systems. (...) Die Schülerinnen und Schüler analysieren Kennziffern, führen Lagerbestandsrechnungen durch, bewerten diese und zeigen Optimierungsmöglichkeiten auf. Im Lager und beim Umgang mit Verpackungen berücksichtigen sie ökonomische, rechtliche und ökologische Aspekte.</p>	<p>Bei Vorliegen der Voraussetzungen werden die entsprechenden E.V.A.-Module integrativ im Lernfeld eingesetzt.</p>
<p>Lernfeld 8 (2. Ausbildungsjahr) Geschäftsprozesse erfassen und kontrollieren Die Schülerinnen und Schüler erfassen die Beziehungen des Unternehmens zu Kunden und Lieferanten durch Informations-, Geld- und Werteflüsse und nehmen Auswertungen vor. Die Schülerinnen und Schüler bereiten aus der Erfolgsrechnung stammende Daten zur Vorbereitung betrieblicher Entscheidungen statistisch auf. Sie kontrollieren die erfassten Warendaten, ermitteln Kennziffern und werten diese im Zeit- und im Betriebsvergleich aus.</p>	<p>Ansonsten wäre hier am Ende des Lernfeldes eine halbtägige Seminarveranstaltung denkbar.</p>

<p>Lernfelder (Auszüge aus dem Rahmenlehrplan für den Ausbildungsberuf Verkäufer/-in und Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel)</p>	<p>Praktische Umsetzung mit E.V.A. Warenwirtschaftssystem</p>
<p>Lernfeld 11 (3. Ausbildungsjahr) Geschäftsprozesse erfolgsorientiert steuern Die Schülerinnen und Schüler analysieren Geschäftsprozesse im Einzelhandelsunternehmen und setzen Instrumente zur Verbesserung des Unternehmenserfolges ein. Sie erfassen den Warenverkehr des Einzelhandelsunternehmens. Sie bereiten Entscheidungen zur Anlagenwirtschaft vor und beurteilen die Ertragslage des Unternehmens. Die Schülerinnen und Schüler berechnen mit Daten aus verschiedenen Informationssystemen Kennziffern und nutzen sie für Vergleiche und Situationseinschätzungen. Sie bereiten Statistiken graphisch auf, interpretieren die Informationen und leiten mögliche Maßnahmen zur Optimierung betrieblicher Prozesse ab. Dazu nutzen sie geeignete Software.</p>	<p>Ganztägige Seminarveranstaltung im 3. Ausbildungsjahr:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Als Umsetzung des Lernfeldes 11: Vergleich eines Modellunternehmens mit einem fiktiven Konkurrenzunternehmen mit Hilfe von Kennzahlen und Auswertungen aus dem E.V.A. Warenwirtschaftssystem. • Als Lernschleife zur Prüfungsvorbereitung: In einer komplexen Problemstellung werden die wichtigsten betriebswirtschaftlichen Funktionsbereiche eines Einzelhandelsbetriebs verknüpft. Die Schüler erarbeiten sich somit zusammenhängend die mit der Warenwirtschaft verbundenen Lernfelder aller drei Ausbildungsjahre.

Ein weiterer Aspekt der Neuordnung betrifft die Datenverarbeitung. Die Bündelung der Lernfelder zu einzelnen Fächern sieht die Datenverarbeitung nicht mehr als eigenständiges Unterrichtsfach sondern als integrativen Bestandteil des Fachunterrichts. Hier liefern die Seminartage Warenwirtschaft unterschiedliche Anknüpfungspunkte für den weiteren Unter-

richt und andere Anwenderprogramme z. B.:

Word: Export von Daten aus dem Warenwirtschaftssystem E.V.A. (z. B. der Kundendaten um einen Serienbrief zu schreiben)

Excel: Export der Daten der ABC-Analyse in Excel, um damit ein Diagramm zur Veranschaulichung der Konzentration des Umsatzes (Ge-

winns) auf einige wenige Artikel zu erstellen und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen

HTML/Frontpage: Export der Preisliste ins HTML-Format mit anschließender Bearbeitung der erzeugten HTML-Seite in einem entsprechenden Editor (Erstellen von Internetseiten)

Und nur am Rande angedacht:

Der lernfeldorientierte Ansatz fordert eine Umgestaltung des Unterrichts sowie die Konzeption von Lehr-Lern-Arrangements und Lernsituationen. Diese müssen handlungsorientiert gestaltet sein und den Schülern Möglichkeiten gewähren, Aktivitäten und Aktionen eigenverantwortlich auszuprobieren.

- Die Konzeption von halb- bis eintägigen Seminartagen zu den einzelnen Lernfeldern würde sicherstellen, dass
- Schüler in einem zeitlich überschaubaren Rahmen komplexe betriebliche Problemstellungen mit Hilfe einer Software selbst gesteuert lösen.
- Schüler den Zusammenhang von Arbeits- und Geschäftsprozessen und betriebswirtschaftlichem Hintergrund erfassen.
- Die Rahmenbedingungen an den Schulen unter Umständen eine Umsetzung der Lernfelder nicht behindern. <

Material- und Ideenbörse 2004:

Erfolgreich lehren und lernen an beruflichen Schulen

HANS HAIDER / ALFRED RIEDL

Das Motto der diesjährigen Material- und Ideenbörse „Erfolgreich lehren und lernen an beruflichen Schulen“ lockte auch heuer wieder viele Kolleginnen und Kollegen in die Lothstraße 17, die als pädagogische Heimat der

Lehrerbildung an der TU München zu sehen ist. Dort veranstaltete der Lehrstuhl für Pädagogik zusammen mit dem „Reformpädagogischen Forum“ Anfang Juli 2004 die mittlerweile etablierte „Bildungsmesse“ für berufliche Schulen. Ein breit gefächertes Angebot an unterschiedlichen Work-

shops und zahlreiche Aussteller boten den Besuchern die Gelegenheit, Anregungen und Ideen für den Unterricht oder sogar fertige Lern- und Unterrichtsmaterialien mit nach Hause zu nehmen.

Im Eröffnungsvortrag ging Professor Andreas Schelten auf die Veränderungen der Lehrerbildung für berufliche Schulen an der TU München ein. In den beruflichen Fachrichtungen Bautechnik, Elektrotechnik und Informationstechnik sowie Metalltechnik wird zum Wintersemester 04/05 der Diplomstudiengang Berufspäda-

gogik eingeführt. Mit der Überführung des Staatsexamens in diesen grundständigen Diplomstudiengang sollen Qualität und Attraktivität der Ausbildung durch Flexibilität, Doppelqualifikation und Polyvalenz gesteigert werden.

Um dem Motto der Veranstaltung „Erfolgreich lehren und lernen an beruflichen Schulen“ gerecht zu werden, präsentierten zahlreiche Aussteller aus dem gewerblich-technischen und dem kaufmännischen Bereich sowie dem Bereich der Gesundheitsberufe selbst erstellte Lern- und Unterrichtsmaterialien. Dieser Jahrmarkt von Ideen lud zum Stöbern, Kennen lernen, Ausprobieren und auch zum fachlichen Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen ein. Parallel dazu stellten 28 interessante Workshops die Besucher des Öfteren vor die Qual der Wahl. Aktuelle und praxiserprobte Unterrichtsmethoden und -konzepte wurden in diesen Veranstaltungen ebenso vorgestellt wie Umsetzungsmodelle für lernfeldorientierten Unterricht, aber auch ganz konkrete Unterrichtskonzepte beispielsweise zum nachhaltigen Lernen oder zum kreativen Schreiben. Selber aktiv und produktiv arbeiten konnten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Workshops „Erstellen von spielerischen Lernelementen am PC“ und „Effizientes Arbeiten mit Word, Powerpoint, Excel“. Auch dem aktuell sehr viel diskutierten Thema Lehrgesundheit war in verschiedenen Workshopangeboten Raum gegeben. So waren die Veranstaltungen „Burnoutprävention – Fit bleiben im Lehrerberuf“, „Lernwerkstatt Gesundheitssport“ und „Unser Körper – ein Unterrichtsinstrument“ bis auf den letzten Platz gefüllt. Wie Teamentwicklungsprozesse an der Schule gefördert werden können, wurde im Rahmen eines Erlebnispädagogikworkshops vorgestellt.

Trotz aller Vielfalt findet sich bei den ausgestellten Materialien, Lernspielen, Lernzirkeln und Unterrichtskonzepten oder den in den Workshops thematisierten Inhalten ein verbindendes Element immer wieder: Die Ideen für Materialien, Methoden und

Die Besucher konnten sich umfassend über Lehr- und Lernmittel informieren.



Das Reformpädagogische Forum als Mitveranstalter ist ein Netzwerk engagierter und innovativer Lehrkräfte an beruflichen Schulen. Die Wurzeln dieser bayernweiten Zusammenarbeit gehen zurück auf eine Dillinger Fortbildungssequenz zum Thema „Reformpädagogische Impulse für den Unterricht an beruflichen Schulen“. Zu den Früchten dieser Kooperation zählt auch die Material- und Ideenbörse, die mittlerweile zum vierten Mal stattfand und deren Angebot sich mit jedem Jahr weiterentwickelt und vielfältiger gestaltet.

Konzepte basieren auf einer dahinter stehenden pädagogischen Vision und einem Menschen- bzw. Schülerbild, das Wissenserwerb eng verbunden mit Persönlichkeitsbildung sieht. Entscheidungsfähigkeit, Kritikfähigkeit, Selbstverantwortung, Kommunikationsfähigkeit, Selbstständigkeit, Urteilsfähigkeit, Kooperationsfähigkeit, um einige der anvisierten pädagogischen Ziele zu nennen, sind zusätzlich zur fachlichen Kompetenz wesentliche Bildungs- und Erziehungsziele. Dazu ist eine entsprechende Lernumgebung erforderlich, die Anregungen und Freiräume, aber auch notwendige Begrenzungen bietet und in einem gut durchdachten und organisierten Prozess zum individuellen, eigenverantwortlichen Lernen und Arbeiten der Lernenden führt.

Für das leibliche Wohl sorgte in bewährter Weise wie in den letzten Jahren die Fachschaft für das Lehramt an beruflichen Schulen. Traditionell schloss sich abends an die Material- und Ideenbörse „Back to the Roots“ an. Aktive Lehrkräfte an beruflichen Schulen sitzen hier mit Studierenden, Referendaren und Dozenten beim zwar gemütlichen aber auch kritisch anregenden Gedankenaustausch beisammen, bei dem auch die eine oder andere Erinnerung an frühere Zeiten wieder auflebt.

Für die Material- und Ideenbörse am 1. Juli 2005 (traditionell der erste Freitag im Juli) sind die Planungen bereits angelaufen. Gemäß des offenen Charakters dieser Bildungsmesse sind Kolleginnen und Kollegen aller beruflichen Schulen herzlich eingeladen sich aktiv als Workshopanbieter oder Aussteller zu beteiligen. Es wäre doch viel zu schade, wenn gute Ideen und Konzepte in den Schubladen und Klassenzimmern vor sich hinschlummern und nicht im Sinne einer offenen und kollegialen Zusammenarbeit zum Wohl von Schülern und Lehrkräften den konstruktiven und zielgerichteten pädagogischen Austausch bereichern würden!

Kontaktmöglichkeiten und weitere Informationen unter:
www.paed.ws.tum.de
www.berufsschulen.de/hm/reformer/
 oder riedl@wi.tum.de <

Erfahrungsbericht zum Bamberger SoLe-Projekt:

Sichtweise der beteiligten Lehrkräfte

JÜRGEN SEIFRIED / MARTIN SCHILLING / HORST ZÖLLER

Im Schuljahr 2000/2001 führte der Bamberger Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik gemeinsam mit vier Lehrkräften der Bamberger Berufsschule III ein auf ein Schuljahr angelegtes Forschungsprojekt mit dem Titel „Selbstorganisiertes Lernen im Rechnungswesen“ durch. Nach dem Abzug des Forschungsteams wurde der Rechnungswesenunterricht nach den Grundsätzen des Selbstorganisierten Lernens (SoLe) weitergeführt, so dass die Lehrkräfte mittlerweile auf eine knapp fünfjährige Erfahrung zurückblicken können. Im Zuge einer Informationsveranstaltung für Bamberger Studierende der Wirtschaftspädagogik berichteten Horst Zöllner und Martin Schilling über ihre Erfahrungen mit SoLe.

Positive Erfahrungen mit der SoLe-Konzeption:

- **Individualisierung des Lernens und verbessertes Betreuungsangebot:** Angesichts des hohen Anteils von schülerzentrierten Arbeitsphasen an der Unterrichtszeit bietet sich im SoLe-Unterricht die Möglichkeit, das Lernen zu individualisieren. Jede Arbeitsgruppe kann – in einem vorgegebenen Zeitrahmen – eigenständig entscheiden, wie sie Aufgaben und Problemstellungen bearbeiten möchte. SoLe-Unterricht eignet sich damit – entgegen der landläufigen Annahme – für Schüler jeder schulischen Vorbildung. Auch vermeintlich schwächere Schüler kommen nach anfänglichen Schwierigkeiten mit den insgesamt gesehen hohen Anforderungen zurecht. Voraussetzung ist jedoch, die Schüler bei ihren Bemühungen entsprechend zu unterstützen und bei Bedarf Hilfestellungen anzubieten. Hilfreich ist dabei die

Schulung von Lern- und Arbeitstechniken, z. B. das richtige Bearbeiten von Texten. Hier muss der Schüler lernen, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden.

- **Lernmotivation:** Die Schüler sind im SoLe-Unterricht deutlich motivierter als im herkömmlichen Frontalunterricht. Sie sind motiviert, die Aufgaben zu lösen, da die Situationen sehr authentisch sind. Die Schüler erkennen (und schätzen), dass der Unterricht sehr praxisnah und praxisrelevant gestaltet ist. Damit besteht für die Schüler die Möglichkeit, eigene Erfahrungen aus dem Berufsleben zu nutzen. Da die Problemstellungen ausreichend komplex gestaltet sind und schnelle Lösungen nicht immer zum Ziel führen, wird die Bearbeitung der Lerninhalte von den Schülern als Herausforderung erlebt.
- **Erworbene Kompetenzen:** Neben dem Erwerb von Faktenwissen werden im SoLe-Unterricht Kompetenzen vermittelt, die im herkömmlichen Unterricht oftmals in den Hintergrund treten. Schüler lernen vernetztes Denken, erkennen Zusammenhänge und entwickeln ein positives Fehlerverständnis. Schüler lernen, eigene Fehler zu erkennen und mit ihnen umzugehen. Zudem wird die Ergebnis- und Problemlöseorientierung gefördert. Exemplarisch hierfür steht die Aussage einer Schülerin, die im Rahmen einer Gruppenarbeitsphase ihre Mitlernenden mit den Worten „Wir müssen zu einem Ergebnis kommen“ zur Mitarbeit auffordert. Nicht die Lehrkraft, sondern die Lernenden selbst tragen also die Verantwortung für Lernprozess und Lernprodukt. Die Schüler lernen zudem, ihre Arbeitsergebnisse

im Plenum vorzustellen, wodurch die Präsentationsqualität im Laufe eines Schuljahres steigt. Wenn Lernende eigene Lösungswege in der Kleingruppe oder vor der gesamten Klasse vertreten müssen, wirkt sich das auch positiv auf die Qualität der ausgetauschten Argumente aus. Schließlich kann positiv festgestellt werden, dass das Leistungsdenken in den Gruppen verstärkt wird, da jede Gruppe versucht, vor den anderen Gruppen ein gutes Bild abzugeben.

- **Methodenvielfalt statt Methodenmonismus:** Im SoLe-Unterricht steht neben dem veränderten Lernen auch die Methodenvielfalt im Vordergrund, d. h. neben dem Gruppenunterricht sind nach wie vor andere Sozialformen wie Frontalunterricht, Einzelarbeit, Partnerarbeit, Rollenspiele sowie Aktionsformen wie Lehrervortrag, Lehrerdarbietung und fragend-entwickelndes Unterrichtsgespräch von Bedeutung.
- **Positive Außenwirkung:** Zahlreiche Gespräche mit den Vertretern der Ausbildungsbetriebe zeigen, dass der duale Partner sehr zufrieden mit dieser Form der Qualifizierung ist.

Bisher noch ungenutzte Verbesserungspotenziale:

- Schiffbruch kann man erleiden, wenn man die Fähigkeiten der Schüler nicht richtig einschätzt. Bei zu einfachen Aufgaben kann es schon einmal langweilig werden, und die Schüler fangen an, sich über private Dinge zu unterhalten. Wenn man im Gegenzug die Lernenden permanent überfordert, dann ist das verständlicherweise ebenfalls nicht zielführend.
- Als hilfreich könnte sich die Arbeit mit einem Lernprotokoll (z. B. in Form eines Portfolios) erweisen. Hier haben wir erste Erfahrungen mit einem Lernprotokoll sammeln können, dieses wurde aber zu wenig systematisch ausgewertet und in den Unterricht integriert.

- Nicht verschwiegen werden soll der hohe Arbeits- und Zeitaufwand für die Vorbereitung des SoLe-Unterrichts. Im Laufe der Jahre bilden sich diesbezüglich jedoch Routinen heraus, so dass sich der Arbeitsaufwand auf ein handhabbares Maß reduzieren lässt.
- Des Weiteren muss der Lehrer lernen, sich während des Unterrichts zurückzunehmen. Greift man jedoch bei der Gruppenarbeit zu oft und zu schnell ein, so kann das Ziel des Unterrichts nicht erreicht werden. Spielräume werden dadurch unnötig eingeengt und Lernen aus Fehlern ist dann nur bedingt möglich. Dieses Zurücknehmen muss man unbedingt lernen!

Fragen der Studierenden an die Unterrichtspraktiker:

- *Wie geht man mit den in der Gruppe erarbeiteten Lösungen der Schüler um?*
M. Schilling: „Aus den verschiedenen Teillösungen der Schüler wird versucht, eine Gesamtlösung zu finden. Falls dies nicht möglich ist, z. B. weil die Lösungen zu verschieden sind, versuchen wir ein gemeinsames Tafelbild zu entwickeln. Falsche Ergebnisse müssen selbstverständlich als solche gekennzeichnet werden. Aus Fehlern kann der Schüler sehr viel lernen, wenn er konstruktiv damit umgeht.“
 - *Erfordert SoLe-Unterricht mehr Zeit?*
H. Zöller: „Eigentlich nicht, es gelingt im Laufe des Schuljahres, den im Lehrplan vorgesehenen Stoff zu bearbeiten. Durch die Blockung von Unterrichtsstunden zu vier- oder fünfstündigen Unterrichtseinheiten gewinnt man auch wieder etwas Zeit, da die Schüler sich nicht täglich neu in die Problemsituation eindenken müssen.“
 - *Lohnt sich der Aufwand für diese arbeitsintensive Form des Unterrichts?*
H. Zöller: „Er lohnt sich definitiv, was auch die Schüler bestätigen, da ihnen diese Form des Unterrichts sehr viel Spaß macht. Fähigkeiten wie Problemlösen, vernetztes Denken und Entscheidungen treffen, kommen beim SoLe-Unterricht besser zum Tragen als im lehrerzentrierten Unterricht.“
 - *Wie sieht es mit der Akzeptanz seitens der Schüler aus?*
M. Schilling: „Das ist unsere Aufgabe, sie von den Vorteilen des Selbstorganisierten Lernens zu überzeugen. Dies gelingt i.d.R. jedoch ohne größere Probleme.“
 - *Wie geht man bei der Leistungsbeurteilung vor?*
M. Schilling: „Die Präsentationen gehen als mündliche Leistung mit in die Note ein. Hier gibt es beispielsweise eine gemeinsame Gruppennote, wobei wir auch schon mal der Gruppe die Möglichkeit gegeben haben, Gruppenmitglieder für eine bessere Note auszuwählen, wenn diese mehr Leistung erbracht haben. Die Schulaufgaben orientieren sich weiterhin an den Vorgaben der Abschlussprüfung, da wir die Schüler ja auch bestmöglich auf die Abschlussprüfung vorbereiten wollen. Allerdings greifen wir in den Schulaufgaben Situationen aus dem SoLe-Projekt auf.“
 - *Spielt das SoLe-Konzept auch im Vorbereitungsdienst eine Rolle?*
Ein funktionierender Gruppenunterricht setzt einen gelungenen Frontalunterricht voraus. Der Referendar benötigt bei seinen ersten unterrichtlichen „Gehversuchen“ den Dialog mit den Schülern und die damit verbundene direkte Rückkopplung. Eine Frage so zu stellen, dass sie motivierend und lernfördernd wirkt, und einen Impuls so zu formulieren, dass er weite Denkräume für den Schüler öffnet, lernt der angehende Lehrer wohl am besten durch das fragend-entwickelnde und impulsgesteuerte Unterrichtsgespräch. Zudem bietet der Frontalunterricht die Möglichkeit, unterschiedliche Lehr- und Lernmethoden auszuprobieren.
- Bis jetzt lernten die Referendare an unserer Schule den SoLe-Unterricht „nur“ aus der Perspektive des Zuhörers kennen. Eine Einbindung in die Planung, Vorbereitung und Gestaltung des SoLe-Unterrichts über das gesamte Schuljahr hinweg, etwa in der Form des zusammenhängenden Unterrichts, würde den Referendar, gemessen an seinem Ausbildungsstand, wohl überfordern. Sinnvoller wäre, das Selbstorganisierte Lernen als eine Lernmethode unter vielen bei der einen oder anderen Unterrichtseinheit einzusetzen.
- *Wie sind Sie auf die SoLe-Konzeption aufmerksam geworden?*
H. Zöller: „Unsere Schulleiterin hatte uns im Jahr 2000 angesprochen und gefragt, ob wir beim Kooperationsprojekt mit den Bamberger Wirtschaftspädagogen mitarbeiten möchten. Natürlich sind wir an neuen Lehr- und Lernmethoden interessiert. Und sicherlich ist es von Vorteil, wenn man gemeinsam mit Kollegen Unterricht vorbereiten kann, da so immer mindestens zwei Personen ihre Stärken einbringen können. Und man kann auch gegenseitig von seinen Fehlern lernen. Letztendlich arbeiten Herr Schilling und ich seit Jahren sehr gut zusammen.“
Abschließend ist anzumerken, dass es die „richtige“ Lehr- bzw. Lernmethode nicht gibt und wohl auch nicht geben wird, was jedoch nicht ausschließt, dass ein Lernverfahren zur Aneignung bestimmter Fähigkeiten besser geeignet ist als das andere. Zweifellos setzt lebenslanges Lernen eigenständige Wissensaneignung und damit Lernkompetenz beim Lernenden voraus. Hierzu leistet der SoLe-Unterricht einen wichtigen Beitrag. <

Funkstrahlen im Klassenzimmer:

Machen Handys in der Schule krank?

JOHANNES MÜNCH

Nach dem die mobilen Telefone auch in Deutschland die Zahl der Festnetzanschlüsse bei weitem überholt haben, stellt sich nicht mehr die Frage ob, sondern wie es dieses Phänomen gesellschaftlich und somit auch schulisch zu gestalten gilt.

Unhaltbares Handyverbot

Es gehört zwischenzeitlich anerkanntermaßen zum guten Ton, in Restaurants, Zügen und Sitzungen Handys auszuschalten bzw. für Telefonate den Raum oder das Abteil zu verlassen. Institutionen wie Krankenhäuser setzen das Handyverbot noch stringenter um. Im Gegensatz zu dieser Gruppe werden Lehrkräfte die Gleiches tun von Berufsschülern häufig belächelt.

Totale Erreichbarkeit

Es stellt sich nicht nur dem Eingeweihten die Frage, ob unsere Schüler zu jeder Tages- und Nachtzeit erreichbar sein müssen.

Wenn nun die Ewiggestrigen, die meist auch den Verzehr von Speisen und Getränken während des Unterrichts verbieten, mit dem (offensichtlichen Ausschalten) Stummschalten des Klingeltons befriedet sind und Schüler für Telefonate das Klassenzimmer verlassen, sollte dieser Themenkreis doch hinreichend erschöpft sein. Aber nein, jeder redet über Lehrergesundheit, aber niemand nimmt die Funkstrahlung wahr.

Forschungsergebnisse

Allen Kritikern zum trotz, die Auswirkungen gepulster Microwellenstrahlung bzw. elektromagnetischen Feldern von Handys und Sendemasten sind nicht nur im Auftrag von Telekommunikationsherstellern untersucht worden. Je nach Studie und Auftraggeber variieren die Ergebnisse von keiner Auswirkung, über die Erwärmung durchstrahlten Gewebes, bis hin zu vermehrten Ver-

klumpungen roter Blutkörperchen in betroffenen Regionen des Kopfes. Eine erhöhte Tumorgefahr konnte in diesem Studien jedoch nicht nachgewiesen werden, auch wenn unisono die häufige Handynutzung durch Kinder wegen der dünneren Schädeldecke und der damit verbundenen höheren Strahlendosis kritisch gesehen wird. Letztendlich wird einem Glauben gemacht, dass die zwei Watt Sendeleistung eines Handys (bei günstigen Sendebedingungen) gering und damit auch ungefährlich sind.

Stichwort Lehrergesundheit

Der Wenigmobiltelefonierer kann angesichts solcher Ergebnisse durchaus beruhigt sein, auch wenn es einem seltsam erscheinen mag, dass laut Ökotest schnurlose DECT-Telefone mit eben solcher gepulster Microwellenstrahlung und einem Zehntel der Sendeleistung eines Handys im heimischen Umfeld von Ökotest als kritisch eingeordnet werden.

Das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter nennt zwar keinen Zusammenhang zwischen Krebserkrankungen und hochfrequenten elektromagnetischen Feldern. Es ist jedoch der Meinung, dass weitere Forschung auf diesem Gebiet durchgeführt werden muss, um bestehende wissenschaftliche Unsicherheiten zu klären. Darüber hinaus sollten aus Gründen der Vorsorge die Felder, denen die Menschen ausgesetzt sind, möglichst gering gehalten werden. Zu den Vorsorgemaßnahmen gehört insbesondere, die Benutzung von Handys möglichst einzuschränken und das Festnetz zu nutzen.

Definitiv noch nicht untersucht ist die Strahlenbelastung an Orten wie z. B. Schulen, an denen viele Handys gleichzeitig unter ungünstigsten Sendebedingungen mit maximal vier Watt Sendeleistung dauerhaft strahlen. Die Fachleute mögen die Ungenauigkeiten und unvollständige Berechnung verzeihen: Aber 20 Handys pro Klassenzimmer kumulieren sich bei zehn

Klassenzimmern pro Stockwerk und drei Stockwerken zu einer Sendeleistung von 2400 Watt. Auch wenn man diesen Wert nicht absolut bewerten kann, er hört sich zumindest über einen Zeitraum von fünf Schultagen und zehn Unterrichtsstunden nicht gesundheitsfördernd an.

Schulische Strahlenschutzverordnung

Wenn man nun abschließend das Verbot der Bildschirmarbeit von werdenden Müttern mit dem eigenen Halbwissen über Elektromog und Handyfunkwellen abrundet (weiterführendes Material hierzu kann bei der Bundesamt für Strahlenschutz unter www.bfs.de/elektro/papiere bezogen werden), ist einem nicht wirklich wohl zumute. Vielmehr erscheint es einem, als ob man an einem Langzeitversuch mit ungewissem Ergebnis teilnehmen darf. Doch wie kann die einzelne Lehrkraft über das Verbannen von Handys und Funktelefonen im privaten Umfeld hinaus hier aktiv werden.

Allheilmittel Hausordnung

Trotz der traditionellen Rolle der Lehrerschaft als Motor technischer Neuerungen hält sich auch bei dieser Gruppe das Bedürfnis zur Teilnahme an Feldversuchen nach dem Motto „no risk – no fun“ in Grenzen. Arbeitsschutzstudien zur restlosen Klärung dieses Sachverhalts dauern nicht nur lange, sondern unterliegen mitunter auch technischen Verfälschungen und sonstigen kontroversen Einflüssen die keinen Lösungscharakter aufzeigen.

Wie in vielen Fällen der Schulpraxis kann mit kleinen, bereits vorhandenen Bordmitteln oft mehr erreicht werden, als mit übergreifenden Forderungen. So würde in den meisten Fällen schon alleine die konsequente Durchsetzung und Überwachung der bestehenden Hausordnung (die in nahezu allen Schulen den Betrieb von Handys verbietet) dieses Gesundheitsrisiko in Wohlgefallen auflösen lassen.

Und das private Handy? Auf das muss man nicht sicher verzichten, aber man sollte es wann immer es nicht benötigt wird ausschalten, also auch im Unterricht. <

Referate und Fachgruppen

FG Landwirtschaft

VLB sponsert Fortbildung im Bereich Agrarwirtschaft

In Zusammenarbeit mit der K+S Kali GmbH fand im Juli eine Fortbildung der Fachgruppe Landwirtschaft für die Bezirke Unterfranken, Mittelfranken, Oberfranken und Oberpfalz statt. Am ersten Teil des Tages wurde die Agrar-genossenschaft Rhönland (Dernbach/Thüringen) besichtigt. Nach einem kurzen Überblick zur Entwicklung der ehemaligen LPG zeigte der Geschäftsführer Peter Koch die verschiedenen Bereiche des Rhönlandhofes: Biogasanlage, Mutterkuhhaltung, Rinderstall mit Melkkarussell (1 350 Milchkühe), Nudel- und Wurstwarenherstellung sowie Hofladen und Gaststätte. Am Nachmittag stand die Besichtigung des Bergwerks Merkers/Thüringen auf dem Programm. Die Fahrt auf 800 m unter Tage vermittelte einen wertvollen Eindruck über die Herstellung von Kali-Düngern. Mit einem kurzen Rückblick auf die deutsche Geschichte am Point Alpha an der Landesgrenze Hessen – Thüringen endete schließlich dieser abwechslungsreiche Tag. Eine lohnenswerte Fahrt, deren Gelingen der engagierten Organisation von Horst Lochner sowie Dr. Karl-Heinz Neuner (K+S Kali

GmbH) zu verdanken ist. Der VLB-Mittelfranken übernahm einen Großteil der anfallenden Fahrtkosten.

Corinna König/Christian Schweizer

FG Sozialpädagogik (FH)

„Die Dinge sind nie so, wie sie sind. Sie sind immer das, was man daraus macht“ – zum 10-jährigen Bestehen der FG

Ein umfangreiches Programm erwartete die ca. 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachgruppentagung in Freising:

Modellversuch Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) in Kindergärten und Kindertagesstätten

Maria Zitzmann, Leiterin der Städt. KiTa in Feldmaching, und Karin Schmidt, Leiterin vom Städtischen Kindergarten-West in Vöhringen schilderten, mit welcher Motivation und entsprechenden Erwartungen sie und ihr gesamtes Team dem Modelljahr entgegengefeiert hatten. Alle rechneten mit neuen Impulsen und fachkundigem Feedback der eigenen Arbeit und stellten in Erwartung

des Neuen ihre gesamte Jahresplanung zurück.

Ihr Fazit: Neu ist, dass über jedes Kind eine einheitliche Dokumentation erstellt werden soll. Außerdem sollen die Eltern noch mehr in die Arbeit einbezogen werden.

Positiv ist, dass Bildung wieder mehr gefragt ist und die starke Kundenorientierung in den Hintergrund tritt. Die Bedeutung der Freispielzeit mit der Möglichkeit der individuellen Einzelförderung bleibt erhalten.

Negativ ist, dass die Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Planes nicht mit dessen Anspruch Schritt halten.

Wichtig erscheint beiden auf der einen Seite, den erhöhten Anspruch der erwartungsvoll gewordenen Eltern wieder auf Normalmaß reduzieren, ihnen aber auch den notwendigen Einblick in die Arbeit zu geben.

Franz Marchner, langjähriges Fachgruppenmitglied aus Niederbayern, berichtete aus den Modellkindergärten in seinem Regierungsbezirk Ähnliches: Die Begleitung des Versuches ist auch dort eher gering.

Meinungsaustausch über den neuen lernfeldorientierten Lehrplan für die BFS für Kinderpflege

Anita Finkenzeller stellte den Entwurf der Stundentafel vor, der dem neuen Lehrplan für die BFS für Kinderpflege zugrunde liegen soll. Sie und Gabriele Kuhn-Schmelz sind Mitglieder der Lehrplankommission und wollten mit fachlichen Vorschlägen oder Bedenken der Fachgruppe bekannt werden, um sie in die Lehrplankommission einbringen zu können.

- Einigkeit bestand darüber, dass eine Verlängerung der Ausbildung um ein Praxisjahr aus fachlicher Sicht wünschenswert wäre, ein Jahr mehr persönliche Reife für eine fertige Kinderpflegerin unbedingt erforderlich sei. Nachdenklichkeit wurde angemahnt, über die Auswirkungen auf die Ausbildungswilligkeit und die Chancen, Praxisstellen zu finden. Nicht ganz einig war man sich darüber, ob es sich um ein vorgelagertes Praktikum oder ein Anerkennungsjahr handeln sollte.



Konnten viele Eindrücke mit nach Hause nehmen – die VLB-Agrar'ler.



Alle FG-Leiterinnen auf einen Blick.
Von links: Traudl Bauer von 1994 bis 1996, Gabriele Kuhn-Schmelz von 1996 bis 2000, Gerlinde Winter von 2000 bis 2002, Anita Finkenzeller seit 2002.

Pressereferentin und Schriftführerin:
Gabriele Kuhn-Schmelz, BFS Neu-Ulm.

Termine

Beim Berufsbildungskongress in Bamberg wird Franz Marchner ein Referat über Supervision, Möglichkeiten des Einsatzes, Ausbildung usw. anbieten

Am Samstag, 19. Februar 2005 findet unser nächstes Fachgruppentreffen in Freising statt.

Gabriele Kuhn-Schmelz

- Einstimmig wurde begrüßt, dass Praxis- und Methodenlehre (PML) die Reflexionsstunde aus dem Fach Sozialpädagogische Praxis enthalten und als Sozialpädagogische Praxis ausschließlich das Praktikum in der Praxisstelle bezeichnet werden solle. Auch die Verteilung von PML auf vier Stunden pro Jahr wurde übereinstimmend begrüßt.
- Wünschenswert wäre, dass Religion in der 10. Klasse mit 1 Std. unterrichtet werden solle und mit 2 Std. in der 11., Klasse, also umgedreht wie vorgesehen.
- Gleiches wurde bei dem neuen Fach Mathematisch – naturwissenschaftliche Erziehung geäußert, also 1 Std. in der 10. Klasse, mit dem Schwerpunkt Fachrechnen und 2 Std. in der 11. Klasse. Große Übereinstimmung herrschte darüber, dass dieses Fach in der 11. Klasse als Praxisfach von der PML-Lehrkraft vermittelt werden solle, um die Inhalte dieses Faches praxisbezogen zu vermitteln.
- Notwendig wäre eine Stunde Rechtskunde von Beginn der 10. Klasse an
- Überdenkenswert ist auch die Berufsbezeichnung „Kinderpflegerin“.

Gratulationsschreiben von MdL Ingrid Heckner

Als „Vorspeise“ für das Buffet verlas Anita Finkenzeller ein Schreiben von MdL Ingrid Heckner, in dem diese der Fachgruppe zum 10-jährigen Jubiläum gratuliert, weiterhin viel Erfolg wünscht und ihre Unterstützung, auch

aus ihrem neuen Amt heraus versichert.

Jubiläumsfeier mit großem Buffet

Anlässlich unseres Jubeltages durften wir mit großzügiger Unterstützung des VLB, für die wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken, ein stattliches Buffet genießen. Die Getränke spendierte der Bezirksverband Oberbayern, ebenfalls vielen Dank. Das war ein gelungener Ausgleich und Labsal für die rauchenden Köpfe.

Frisch gestärkt lauschten alle der Rede von Traudl Bauer, der Gründungsfachgruppenleiterin. Sie gewährte einen Rückblick über die Arbeit der Fachgruppe, die am 25. Juni 1994 mit Teilnehmerinnen aus 6 Regierungsbezirken mit einer konstituierenden Sitzung in Freising ins Leben des VLB gerufen wurde.

Neuwahlen

Die Neuwahlen brachten folgendes Ergebnis:

Fachgruppensprecherin und Bezirkssprecherin Oberbayern: Anita Finkenzeller, BFS Freising.
Bezirkssprecherin Unterfranken: Maria Kellner, BFS Würzburg.
Bezirkssprecherin Schwaben: Gerlinde Winter, BFS Memmingen (Außenstelle der BS Mindelheim).
Bezirkssprecherin Oberfranken: Sigrid Merz, BFS Ahornberg.
Bezirkssprecherin Oberpfalz: Doris Ortel, BFS Neumarkt.
Bezirkssprecher Niederbayern: Franz Marchner, BFS Pfarrkirchen.

FG Religion

Religionsunterricht in Europa – Lernen ist nicht neutral

Bereits der Streit über die Präambel der Europäischen Verfassung hat es gezeigt: es gibt EU-Mitglieder, die die christlichen Wurzeln Europas betonen wollen, auf der einen Seite und andererseits sprechen die Staaten der „laïcité“ wie Frankreich und Belgien für eine strikte Trennung von Kirche und Staat. Dies wirkt sich selbst im Fächerkanon der Europaschulen in Europa aus, der mit der Entstehung der ursprünglichen EWG vom französischen Einfluss der „Siegermacht“ bis heute geprägt wurde: Lernen muss weltanschaulich neutral sein.

Dieser Bildungsstreit von Learning und Education, von „Moral“ und „Religionsunterricht“ durchzog einige Veranstaltungen des Ökumenischen Expertengesprächs zum Religionsunterricht, zu dem die Evangelische Akademie Bad Boll nach Brüssel geladen hatte. Neben dem Besuch der „Elite“ – Europaschule III in Ixelles standen die Gespräche im EKD – Büro Brüssel und in der Vertretung der Europäischen Kommission im Vordergrund. Die juristische Referentin der EKD (Evangelische Kirche Deutschlands), Katrin Hatzinger, berichtete als Herausgeberin des EKD – Europa – Newsletters (www.ekd-bruessel.de) über aktuelle Fragen. Unmittelbar vor der Abstimmung über die Europäi-

sche Verfassung sei die Präambel – Debatte nach einem Brief von vielen Mitgliedsstaaten nochmals in Bewegung geraten. Der irische Ratspräsident gehe angesichts des Einigungsdrucks davon aus, dass es beim bisherigen Wortlaut des Konventsentwurfs bliebe und die christlichen Wurzeln Europas nicht in der Präambel erwähnt würden. Hatzinger wies auf den Art. 51 des Entwurfs hin, der den Kirchen und religiösen Vereinigungen und weltanschaulichen Gemeinschaften der Mitgliedstaaten einen besonderen Status garantierte: „Die Union pflegt in Anerkennung der Identität und des besonderen Beitrags dieser Kirchen und Gemeinschaften einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit ihnen“ (Art. 51,3). An strittigen Diskussionspunkten erwähnte die Referentin die Stammzellenforschung, das neue Sterbehilfegesetz von Belgien und die Gentestkontrolle aus ihrem Fachgebiet.

Anschließend ging Torsten Moritz von der „Kirchlichen Kommission für Migranten in Europa“ auf die aktuelle Lobbyarbeit der Kirchen in Fragen der Zuwanderungspolitik, des Menschenmuggels und des Menschenhandels ein. Michael Kuhn von der katholischen „Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft“, der je ein Bischof der 25 EU – Länder angehört, berichtete von der Entdeckung des Bildungsbegriffs durch die EU. Während zum Beispiel der Landwirtschaftsbereich von der EU – Politik vollständig reguliert werde, gehöre die Bildungsarbeit zum Bereich der „offenen Kooperation“. Seit dem Lissabonprozess (2000) sei die Bildung von der EU als wichtiges Element erkannt worden. Bisher werde Bildung als „employability“ d. h. als „Berufsfähigkeit“ zu einseitig betont und die Kirchen setzten sich vehement für einen Dialog mit den Bürgern über Kultur und Bildung ein und betonten die spirituelle Dimension der Bildung. Die Vertreter der Bischofskonferenzen stellten ein wachsendes Interesse in der EU und im Europarat an den Themen Religion und Bildung fest, was in der aktuellen Empfehlung zum „Toleranten Zu-

sammenleben der Kulturen in Europa“ seinen Ausdruck fand. Wenn auch die Bereiche Religion und Religionsunterricht nicht zum Kompetenzbereich der EU gehörten, so trete sie vor allem für die friedliche Toleranz der Religionen und Kulturen untereinander ein. Problematisch sei das Modell der laïcité, denn Religion müsse von religiösen (nicht fanatischen oder „neutralen“) Menschen gelehrt und unterrichtet werden können. Eine reine Religionskunde sei zu wenig für eine religiöse Erziehung.

Dr. Felix Leinemann von der Generaldirektion „Energie und Verkehr“ der EU – Kommission, früher in der Kommission der Bischofskonferenzen tätig, erklärte sodann das komplizierte Gebilde der EU – Organe.

Der österreichische Diplomat Michael Weniger vom 400-köpfigen Politischen Beraterstab des EU-Kommissionspräsidenten unterschied die EU der Organe und die erweiterte EU der 450 Millionen EU-Bürger. Beide EU's müssten sich aufeinander zu bewegen. Er kritisierte den Präambelentwurf als misslungen und plädierte für ihre vollkommene Streichung. Nach seiner Meinung kämen die christlichen Werte hinlänglich im gesamten Entwurf der Verfassung zum Ausdruck und er verwies auf die gelungene zweite Präambel zu den Grundrechten im zweiten Teil des Entwurfs. Er stellte eine positive, versteckte Lobbyarbeit der Kirchen und Religionsvertreter fest, die durch die Art. 46 und vor allem Art. 51 gewährleistet seien. Wichtig sei für ihn die

Erwähnung der „Würde des Menschen“ im ersten Artikel, die in den Anlagen der Verfassung biblisch – christlich begründet werde. Allerdings bleibe die Frage bestehen: Was ist eigentlich Europa?

Monika Oels vom Referat „Entwicklung politischer Strategien für lebenslanges Lernen (LLL)“ freute sich, dass mit dem Memorandum LLL aus dem Jahr 2000 der Bildungsbereich, vorerst noch unter den Aspekten Wissensgesellschaft und Wissensökonomie, zu einem wichtigen Thema der EU geworden sei. Kennzeichen seien der Europapass, das Programm der beruflichen Eingliederung benachteiligter Menschen, der europäische Mobilitätspass, der europäische Computerführerschein oder das Erasmus, Comenius und Leonardo da Vinci – Programm, die zukünftig vereinheitlicht werden sollen.

Oels empfahl für Austauschprogramme gezielte Vorbereitungs- und Kontaktseminare, um sich in die Förderungsmöglichkeiten für Schulen einzuarbeiten. Im Bereich Religionsunterricht ermutigte sie zur Organisation von EU – Projekten. Vor allem die Themen Werteerziehung und interreligiöser Dialog wie das Projekt Weltethos seien erwünscht. Für gezielte Vorbereitung und die Maßnahmen stünden bis zu 50 000 Euro pro Projekt bei 20 % Eigenanteil zur Verfügung. Sie empfahl den Schulen oder Lehrerverbänden, einen Spezialisten für die EU – Projekte auszubilden, um kompetenter an die Fördermittel zu gelangen. *Dr. Michael Persie*

Referendare

Lehramtsstudium der Gesundheits- und Pflegewissenschaft:

Die ersten Lehrkräfte gehen ins Referendariat

Neben vielen anderen gesellschaftlichen Problemen wird in den letzten Jahren die zunehmende Pflegebedürftigkeit einer immer größer werdenden

Personengruppe und der damit steigende Bedarf an qualifizierten Pflegefachkräften diskutiert. Hierbei spielen die Zunahme chronischer und gerontologischer Erkrankungen eine Rolle, aber auch der medizinische Fortschritt sowie die demografische Entwicklung. Gleichzeitig hat sich in Deutschland die Pflegeforschung



Die angehenden Referendare.
 Vorne von links: Jeanette Sauer, Christian Apfelbacher, Kerstin Kindermann, Edigna Kellermann.
 Hinten von links: Miriam Fellinghauer, Nicole Nießner, Paula Kästner, Tina Reum.

etabliert und die Autonomiebestrebung dieser Berufsgruppe ist erfolgreich intensiviert worden. So wird immer stärker kritisiert, dass ausgerechnet im Bereich der Pflegeausbildungen ein Großteil des Unterrichts von nicht pädagogisch geschulten fachfremden Personen unterrichtet wird. Dieser Umstand erscheint auch deshalb so unerträglich, weil die Forderungen nach EBN (Evidence Based Nursing d. h. stark vereinfacht ausgedrückt: Pflege, die sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse beruft) sowie nach patientenorientierter Pflege immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Deshalb hat die Technische Universität München (TUM) im Wintersemester 1999/2000 die Gesundheits- und Pflegewissenschaft als neue berufliche Fachrichtung in ihr Spektrum der beruflichen Lehrerbildung aufgenommen. Bereits zu diesem ersten Durchlauf sind 25 Studentinnen und Studenten immatrikuliert worden, wovon zehn im Frühjahr erfolgreich die erste Staatsprüfung absolviert haben und jetzt das Referendariat absolvieren.

Die angehenden Lehrer(innen) müssen während des Grundstudiums neben naturwissenschaftlichen und medizinischen Inhalten auch die der Sozialwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften studieren. Das Hauptstudium dient, wie in allen anderen beruflichen Fachrichtungen auch, der Vertiefung der Fach- und Erziehungswissenschaften.

Die erste Staatsprüfung umfasst die Prüfungsgebiete

- Fachdidaktik,
- Psychologie in der Pflegewissenschaft,

- Krankheitslehre und Rehabilitation,
- Gesundheits- und Pflgetheorie sowie Gesundheits- und Pflegeforschung,
- Gesundheitsmanagement sowie Qualitätsmanagement im Gesundheitswesen und in der Pflege.

Überdies müssen die üblichen Prüfungen in den Erziehungswissenschaften und den Zweitfächern abgelegt werden.

Mit Ingolstadt (Berufsbildungszentrum Gesundheit) und Mühldorf (BS II mit BFSn für Sozialpflege, Kinderpflege, Hauswirtschaft und Altenpflege) sind zwei Seminarschulen benannt, denen sicher noch einige werden folgen müssen, denn die berufliche Fachrichtung Gesundheits- und Pflegewissenschaft stößt auf große Resonanz und ist mit 180 Studierenden die stärkste Fachrichtung im Rahmen des Lehramtsstudiengangs für berufliche Schulen.

Die Absolvent(inn)en werden an Berufsfachschulen des Gesundheitswesens (z. B. Altenpflege oder Gesundheits- und Krankenpflege) unterrichten können oder an Berufsschulen (z. B. Medizinische Fachangestellte), um nur einen kleinen Ausschnitt zu benennen. Sie können Medizinische Fachkunde, Mikrobiologie, Pharmakologie usw. ebenso unterrichten wie Kommunikation und die Sozialwissenschaften. Ihre Ausbildung lässt, wie in der beruflichen Lehrerbildung üblich, ein breites Einsatzspektrum zu.

Christine Hefer

Senioren

Ein Schuss, der nach hinten losging: Die unerwarteten Folgen einer an und für sich richtigen Initiative

Es sei erinnert: In den 1990er Jahren hatte sich ein Ruhestandsbeamter – Leitender Oberstaatsanwalt a. D. – an das Gericht gewandt, weil seine von ihm geschiedene Ehefrau für ihre im Rahmen des Versorgungsausgleichs übertragene Rente weniger Steuern zahlen musste als er für seine verbliebene Pension. 2002 (!) – Urteil vom 06. 03. 2002 – gab ihm das Bundesverfassungsgericht recht: Das verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz. Die Bundesregierung wurde verpflichtet, die Ungleichbehandlung bis Ende 2004 zu beseitigen. Das geschieht nun mit dem „Gesetz zur Neuordnung der einkommenssteuer-

rechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen“ (Alterseinkünftegesetz vom 05. 07. 2004, BGB1 I, S. 1427, Bundesdrucksache 15/2150). Inhaltlich erfüllt das Gesetz den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts nicht – im Sinne des Petenten – durch Absenkung der Versorgungsbezüge-Be-steuerung, sondern indem es die Besteuerung der Renten der der Pensionen – allerdings in einer langen Anpassungsphase von 35 Jahren, also bis 2040 – angleicht.

Nun kann man als Pensionist der Meinung sein, dass das im wesentlichen nur die Rentner betrifft. Diese Ansicht ist jedoch leider falsch:

1. Kann man noch Verständnis dafür aufbringen, dass die – wie das BVG feststellte – jahrzehntelang relativ und absolut zu hohe Besteuerung der Pensionen nicht durch Rückzahlung „ge-

Jahr des Versorgungsbeginns	Versorgungsfreibetrag		Zuschlag zum Versorgungsfreibetrag
	in % der Versorgungsbezüge	Höchstbetrag in Euro	
bis 2005	40	3000	1000
ab 2006	38,4	2880	960
2007	36,8	2760	920
2008	35,2	2640	880
2009	33,6	2520	840
2010	32	2400	800
...			
2039	1,6	120	40
2040	0	0	0

heilt“ wird, so wird dieses Verständnis durch eine

2. Folge des Gesetzes auf eine harte, noch weitgehend unbekannt Probe gestellt:

Zur Kaschierung der größten Ungerechtigkeit der „alten“ Gesetzeslage waren

- der Versorgungsfreibetrag,
- der Altersentlastungsfreibetrag und die
- Arbeitnehmer-Pauschale für Versorgungsempfänger eingeführt worden.

Mit der ab 01. Januar 2005 steigenden und 2040 abgeschlossenen Einbeziehung der Versorgungsbezüge und Renten in die Besteuerung verringern sich entsprechend die Kaschierungsnotwendigkeiten für die Pensionen und werden bis 2040 „abgeschmolzen“. (2006 – 2020 jährlich um 1,6 %, in den folgenden 20 Jahren um jährlich 0,8 %).

Die Argumentation für 2. entbehrt – für sich betrachtet – nicht der Logik. Im Zusammenhang mit 1. darf man aber mehr als ein „Geschmäcke“ entwickeln – bis hin zur blanken Wut!

Ein kleiner Trost: Der Versorgungsfreibetrag richtet sich nach dem Kalenderjahr des Versorgungsbeginns. Der für dieses Jahr geltende Freibetrag und der Zuschlag gelten für die gesamte Laufzeit des Versorgungsbezugs, werden also „eingefroren“.

Für bereits vorhandene Pensionisten gelten die Verhältnisse des 01. Januar 2005, siehe Tabelle oben.

Anmerkung: 1. Das neue Gesetz ist auch von den Fachleuten noch nicht

voll analysiert und birgt noch manche Unklarheit – auch mir!

Der BRH plant eine Aufklärungsbroschüre. Wir werden Sie auf dem Laufenden halten.

2. Die obigen Ausführungen basieren auf einem Artikel von Wilhelm Schmidbauer, Vorsitzender des BRH Bayern, in „Aktiv in den Ruhestand“, Sept. 2004, S. 6ff. Schmidbauer ist übrigens Hauptreferent unserer Nachmittagsveranstaltung am 27. November 2004 anlässlich unseres Berufsbildungskongresses in Bamberg.

3. Was hier von Amts wegen 'läuft', verlangt von uns Betroffenen mal keine direkte Reaktion (Einspruch, Widerspruch, Klage ...) man kann auch sagen, hier gibt es keine aussichtsreichen Rechtsmittel dagegen – der Artikel dient rein der Aufklärung.

Berthold Schulter

Bitte beachten Sie den Reisehinweis für Senioren auf Seite 39.

40jähriges BPI-Treffen

Zum 40-jährigen Jubiläumstreffen trafen sich knapp 40 BPI'ler in Regensburg. Noch am Freitagabend erkundeten wir mit der „Stadtmaus“ das Leben von Bettlern, Gaucklern, Henkern und Dirnen. Bei der Stadtführung am Samstag erfuhren wir alles Wissenswertes über die Geschichte der alten freien Reichsstadt. Anschließend brachte uns ein historischer Postbus zum Kloster Weltenburg. Nach der Besichtigung der Asamkirche und ei-

nem Mittagessen „schipperten“ wir durch den Donaudurchbruch. Natürlich durfte am späten Nachmittag auch ein Besuch der Befreiungshalle nicht fehlen. Das Wiedersehen wurde am Abend im Hotel bis tief in die Nacht verlängert. Unser Treffen wurde am Sonntag mit einem Hochamt und den Regensburger Domspatzen im Dom abgeschlossen. Wir alle danken Beate Sobeck und Hermann Hartlaub für die Organisation und freuen uns schon in zwei Jahren auf Aschaffenburg.

Erika Baumgartner

Regensburg war für die ehemaligen BPI'ler eine Reise wert.



Personalien

Abschied nach 32 Jahren am Staatsinstitut Ansbach – Alfred Strobel im Ruhestand

Nach mehr als 32 Jahre am Staatsinstitut Ansbach, davon 25 Jahre als Leiter wurde Alfred Strobel von MD Hans Wilhelm Thomé in den Ruhestand verabschiedet.



In seiner Festrede würdigte Thomé die Verdienste Strobels und stellte insbesondere heraus, dass Strobel als Institutsleiter „nicht durch Paragraphen, Sprüche und Weisungen, sondern schlicht durch sein Vorbild überzeugte.“

Alfred Strobel wurde in Würzburg geboren und wuchs in Frickenhausen auf. Nach dem Abitur studierte er an der TU München das Lehramt an beruflichen Schulen in der Fachrichtung Metall. Bereits im September 1972 wurde er als Dozent an das neu errichtete Institut für die Ausbildung gewerblicher Fachlehrer nach Ansbach abgeordnet. 1982 wurde er zum Leiter des Instituts bestellt.

Während seines Wirkens betreute Strobel insgesamt 1 718 Fachlehrerinnen und Fachlehrer in 40 verschiedenen Fachrichtungen. Das Spektrum reichte dabei von Metallbauern über Friseure und Bäcker bis zu den Schilder- und Lichtreklameherstellern, wie Hans-Wilhelm Thomé ausführte.

Als „krönenden Abschluss“ der beruflichen Tätigkeit von Alfred Strobel

bezeichnete Thomé den Umzug des Staatsinstitutes Ansbach in die neuen Räume der ehemaligen Bleidorn-Kaserne. Er verwies auf die ungeheuer aufwändige und mitunter aufreibende Arbeit während der Planungs- und Bauphase und bedankte sich für den oft nicht sichtbaren Zusatzaufwand, den Kollege Strobel hier leistete.

Der Vertreter des VLB, Landesvorsitzender Hermann Sauerwein, würdigte in einem Grußwort ebenfalls Strobels Verdienste. Sauerwein hob insbesondere die „äußerst konstruktive Zusammenarbeit“ zwischen dem Staatsinstitut Ansbach und dem VLB

hervor und wies darauf hin, dass „Anregungen und Vorschläge des Verbandes zur Fortentwicklung der Ausbildung der Fachlehrer gerne aufgegriffen und unterstützt wurden.“ Sauerwein nutzte die Gelegenheit, an MD Thomé zu appellieren, möglichst rasch die neuen Ausbildungsrichtungen Fachlehrer für Hauswirtschaft und Fachlehrer für Gesundheit und Pflege am Staatsinstitut Ansbach zu installieren. Damit verband der Landesvorsitzende gleich die Forderung, den Personalstand am Institut massiv zu erhöhen.

Zum Schluss ergriff auch Strobel das Wort. Sichtlich bewegt bedankte er sich bei allen, insbesondere aber bei seinen engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. *Klaus Reiser*

In memoriam Prof. Dr. Waldemar Siekaup

Im Juli-Heft berichteten wir noch von der Feier zu seinem 80. Geburtstag, jetzt mussten wir davon Kenntnis nehmen, dass Prof. Dr. Waldemar Siekaup verstorben ist.

Er war ein Pionier und Vordenker für die Entwicklung der beruflichen Schulen in Bayern und hat mit Rat und Tat aktiv an der Entwicklung des bayerischen beruflichen Schulwesens mitgewirkt. Neben seinem Einsatz für den Schultyp Wirtschaftsschule, war er aktiv an der Entwicklung der Berufsoberschule, der Höheren Handelsschule und der vollzeitschulischen Ausbildung des Wirtschaftsassistenten beteiligt. Nicht zu vergessen sind seine didaktischen Übungen für die Studenten und seine Schriftleitertätigkeit für den „Merkurboten“, einer Zeitschrift für den kaufmännischen Unterricht, während seiner aktiven Schulleiterzeit. Auf Grund seiner Verdienste war er lange Jahre als Sachverständiger für die beruflichen Schulen beim Bayerischen Staatsministerium Unterricht und Kultus berufen. Von Staatsministerin Monika Hohlmeier wurde ihm für seine Verdienste das Bundesverdienstkreuz verliehen. Zahlreiche Ver-



öffentlichungen, Briefe, Statistiken und Reden zeugen von dieser seiner unermüdlichen Arbeit. Im Oktober 1950 ist er dem Verband der Diplom-Handelslehrer (VDH) beigetreten, und war dort einer der geistigen Initiatoren und Bildungspolitiker. Seine Gedanken und Ideen haben auch den Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen beeinflusst (VLW), wo er die bayerischen Interessen vertat aber auch die bundespolitischen nicht aus den Augen verlor. Geschätzt wurde er auch für seine durchdachte Argumentation und brillante Rhetorik.

Anfangs nicht unbedingt überzeugt, dass eine Auflösung des VDH und eine gemeinsame Neugründung des VLB von Vorteil wäre, stand er diesem Vorhaben sehr kritisch gegen-

über. Aber gerade seine überaus genaue und kritische Betrachtungsweise in Detailfragen hat die neue VLB-Satzung maßgebend mit beeinflusst. Dann jedoch fühlte sich Dr. Siekaup in unserer Solidaritätsgemeinschaft zuhause, hat weiterhin intensive Kontakte gepflegt und war bei Tagungen und Bildungskongressen stets anzutreffen. Die ARGE Bayerische Wirtschaftsschule hat er ebenfalls mit Rat und Tat unterstützt und gefördert, und selten einen Sitzungstermin ausgelassen. Er war über Jahrzehnte der Berater der Landeseltervereinigung der bayerischen Wirtschaftsschulen. Trotz prägnanter und kritischer Worte, die er aus einem inneren Bedürfnis nach Aufklärung und Richtigstellung äußerte, war

Dr. Siekaup nie verletzend, hatte einen überaus liebevollen Humor und konnte herzlich lachen. Er war ein ausgezeichneter Gesprächspartner, der sich über Alles und Vieles, über Mode, Sport und Zeitgeschichte unterhalten konnte. Wir verdanken ihm das heutige Ansehen der beruflichen Schulen, besonders der Wirtschaftsschule in der Öffentlichkeit und in der Politik. Eine solche herausragende Lehrerpersönlichkeit kann nicht nach allen Facetten in dieser Kürze gewürdigt werden. Wir werden seine Ideen und seine Beiträge nicht nur zu würdigen wissen, sondern sie in seinem Sinne weiter entwickeln, damit das berufliche Schulwesen das gebührende Ansehen behält. *Armin Ulbrich*

Meersteiner, Edgar, 30.11.
91781 Weissenburg, KV Mfr.-Süd
Mehl, Anna, 05.11.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest
Zapke, Otto, 15.11.
63808 Haibach, KV Untermain

... zum 60. Geburtstag

Dumm, Fridger, 26.11.
93055 Regensburg, KV Regensburg
Fichtelmann, Hans-Jochen, 03.11.
91074 Herzogenaurach, KV Mfr.-Nord
Graser, Anneliese, 25.11.
86633 Neuburg, KV Obb.-Nordwest
Haas, Klaus, 13.11.
97453 Schonungen, KV Main-Rhön
Kraus, Roland, 19.11.
90552 Röthenbach, KV Neumarkt
Kreckel, Werner, 05.11.
63741 Aschaffenburg, KV Untermain
Kröger, Dieter, 24.11.
84144 Geisenhausen, KV Landshut
Speckner, Ludwig, 14.11.
63927 Bürgstadt, KV Untermain
Stix, Klaus-Peter, 11.11.1
94505 Bernried, KV Donau-Wald
Stümpfig, Jürgen, 06.11.
90451 Nürnberg, KV Mfr.Süd

In den Ruhestand sind gegangen ...

Fischbach, Renate, KV Mfr.-Süd
Gieritz, Renate, KV Mfr.-Süd
Herdle, Ernst, KV Nordschwaben
Hörauf, Gerhard, KV Nürnberg
Hunklinger, Kurt, KV Altötting-Mühldorf
Huschka, Günter, KV Main-Rhön
Kaiser, Hans-Joachim, KV Main-Rhön
Kerl, Manfred, KV Ofr.-Nordwest
Kern, Ludwig, KV Mfr.-Süd
Oelkrug, Peter, KV Obb.-Südwest
Rupprecht, Rudolf, KV Nordschwaben
Schönbuchner, Heinrich, KV Mfr.-Süd
Strobel, Alfred, Mfr.-Süd
Zitzmann, Peter, KV Nürnberg

Wir trauern um ...

Becher, Theobald, KV Nürnberg (76)
Fäth, Werner, KV Untermain (75)
Geisler, Hartmut, KV Bamberg-Forch. (65)
Müßler, Albrecht, KV Allgäu (67)
Nibler, Maria, KV Regensburg (84)
Schubert, Regina, KV Ndb.-Ost (86)

Wir gratulieren im November ...

... zum 85. Geburtstag

Sammer, Wenzel, 26.09.
97276 Margetshöchheim, KV Würzburg
Steigerwald, Paul, 09.11.
90522 Oberasbach, KV Nürnberg
Zandering, Karl, 18.11.
91154 Roth, KV Ofr.-Nordost

... zum 80. Geburtstag

Behringer, Karl, 01.11
85051 Ingolstadt, KV Obb.-Nordwest
Kerscher, Adolf, 20.11.
86343 Königsbrunn, KV Augsburg
Stahl, Fritz, 01.11.
94327 Bogen, KV Donau-Wald

... zum 75. Geburtstag

Hanke, Rudolf, 26.11.
86343 Königsbrunn, KV Nordschwaben
Karsten, Christa, 14.11.
89073 Ulm, KV Nordschwaben
Lippert, Hedwig, 03.11.
96328 Küps, KV Ofr.-Nordwest
Sitzmann, Anna, 30.11.
92345 Dietfurt, KV Neumarkt
Weighart, Walter, 02.11.
93053 Regensburg, KV Regensburg

... zum 70. Geburtstag

Dichtl, Helmut, 12.11.
86163 Augsburg, KV Augsburg

Harloff, Ingeborg, 04.11.
96253 Untersiemau, KV Ofr.-Nordwest
Hirschmann, Günter, 15.11.
91217 Hersbruck, KV Mfr.-Nord
Masel, Rudolf, 18.11.
93426 Roding, KV Cham
Ploner, Walter Dr., 18.11.
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald
Vogel, Rita, 25.11.
90473 Nürnberg, KV Nürnberg
Zierhut, Herbert, 29.11.
97084 Würzburg, KV Würzburg

... zum 65. Geburtstag

Bogner, Joseph, 18.11.
82152 Krailling, KV München
Degen, Helga, 28.11.
86551 Aichach, KV Bayreuth-Pegnitz
Dürr, Luise, 26.11.
83278 Traunstein,
KV Traunsteon-BGL
Eichler, Ludwig, 10.11.
97464 Niederwerrn. KV Main-Rhön
Haack, Klaus, 15.11.
86938 Schondorf, BV München
Kerl, Manfred, 26.11.
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest
Krumpholz, Kurt, 24.11.
86551 Aichach, KV Nordschwaben
Laske, Alexander, 28.11.
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach

Termine

Mittelfränkische Tag zur Lehrgesundheit für die beruflichen Schulen

am Samstag, 16. Oktober 2004 in der Fachhochschule Ansbach

Programm

- 09.00 Uhr** **Begrüßung** Prof. Gerhard Mammen, FH Ansbach
Grußworte ADin Elisabeth Hirschmann, Reg. v. Mfr.
 Hermann Sauerwein, VLB-Landesvorsitzender
 Ursual Poller, IHK
- Moderation** Wolfgang Lambl, VLB
- 09.30 Uhr** **Lehrgesundheit aus psychosomatischer Sicht**
 Referent: Dr. Michael Mück-Weymann, Euromed-Klinik, Fürth
- 11.00 Uhr** **Soziale Ausgrenzung und Schikanen: Ursachen und Interventionsmöglichkeiten**
 Referentin: Prof. Dr. Beate Schuster, Kath. Universität Eichstätt
- 13.30 – 15.00 Uhr** **Workshops:**
 Persönlichkeitstraining und Erfolg im Lehrerberuf – Rückenschule – Ballast abwerfen/neue Energie tanken – Zeitmanagement – Professionelle Gesprächsführung – Hilfe in Stresssituationen – Sprechtechnik und Stimmhygiene – Die eigene Mitte finden – Eigene Fähigkeiten und Kräfte entdecken
- Weitere Informationen bei:**
 Maria Mederer, mederer@fosbosansbach.de
 Reinhold Zerpies, Beratung@Ohm-Gymnasium.de

Böhmen in Geschichte und Gegenwart

Zeit: 13./14. November 2004

Ort: Lichtenfels-Schney

Die Tagung wird vom Bayerischen Kultusministerium gefördert und vom Pädagogischen Arbeitskreis Mittel- und Osteuropa – Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer e.V. in Zusammenarbeit mit dem Heimatkreis Mies-Pilsen durchgeführt.

Interessenten wenden sich bitte an:
 Ulf Beier, Jul.-Schieder-Str. 3,
 91781 Weißenburg, Tel. 09141 / 38 69,
 E-Mail: Beier.Ulf@wugnet.de

Ringvorlesung an der LMU München

Bildung – Technik – Kommunikation WS 2004/05
Die Informationsgesellschaft in interdisziplinärer Perspektive

Zeit: Dienstag, 19.15 Uhr bis 21 Uhr (außer 21. Dezember 2004)

Ort: Hauptgebäude der LMU München, Geschwister-Scholl-Platz 1, Hörsaal 101

Mit Beiträgen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der LMU aus Informatik und Medieninformatik, Kommunikationswissenschaft, Pädagogik und Psychologie wird die Ringvorlesung das Verhältnis von Technik, Kommunikation und Bildung thematisieren. Die Vorlesungen beginnen am 19. Oktober 2004.

Nähere Informationen finden Sie unter: www.lmu.de/ringvorlesung

Bücher / Medien

Titel: Prüfungsvorbereitung aktuell
 1. Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel, 2. Aufl. 2003
 2. Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel, 3. Auflage 2004

Autor: Gerhard Colbus

Verlag: Verlag Europa-Lehrmittel, 42781 Haan-Gruiten

ISBN-Nr.: 1. 3-8085-7485-2

2. 3-8085-7500-X

Rezensent: Gerhard Hacker

Die beiden Übungsbücher, schon seit vielen Jahren als Geheimitipp bekannt und vom Autor bisher gewissenhaft gepflegt, beinhalten den Lernstoff der jeweiligen Ausbildungsberufe.

Bedingt durch die früher allein üblichen programmierten („gebundenen“) Aufgaben, liegt der Schwerpunkt der Bücher mit knapp 500 Seiten im Format DIN A 4 auf dieser Frageform. Typische Aufgabenstellungen, angelehnt an die Inhalte von Kammerprüfungen, wurden nach Themenbereichen und Schwerpunkten geordnet. Der Prüfling kann also die unterschiedlichsten Fragestellungen zu einem Stoffgebiet systematisch kennen lernen. Damit wird ein schematisches Einüben konkreter Inhalte erleichtert. Sprach- und Verständnisprobleme beim Bearbeiten von Prüfungsaufgaben werden gezielt abgebaut, so dass schwächere Schüler besser bei Leistungsnachweisen sowie bei der Kammerprüfung antworten können.

Da für den Groß- und Außenhandel schon Prüfungserfahrungen mit offenen („ungebundenen“) Aufgaben vorliegen, sind in diesem Buch bereits solche integriert.

Für die ab 1. August 2004 neu geordnete Ausbildung im Einzelhandel liegen naturgemäß noch keine Daten zu den zukünftigen Prüfungen, insbesondere zu ungebundenen Aufgaben, vor. Aber die nächsten drei bis vier Abschlussprüfungstermine laufen noch nach dem bisherigen Verfahren ab. Deshalb kommt die überarbeitete 3. Auflage für den Einzelhandel gerade richtig. Übrigens, der Autor bietet einen Informationsservice online auf einer

[Neuerscheinungen und Neuauflagen August/September 2004]



Hengstebeck
**Rechnungswesen
für Steuerfachangestellte**

6. Auflage 2004
756 Seiten | 36,40 EUR
ISBN 3-8120-0068-7 ■
Lösungen | 26,00 EUR ■ | BN 3068-3



Drapatz | Franke | Hess
**Rechnungswesen
für Versicherungskaufleute**

4. Auflage 2004
398 Seiten | 21,00 EUR
ISBN 3-8120-0494-1
Lösungen | 10,00 EUR ■ | BN 3494-8



Richard | Hartmann | Mühlmeier
**Allgemeine Wirtschaftslehre
für Auszubildende in Banken
und Sparkassen**

6. Auflage 2004
555 Seiten | 30,20 EUR
ISBN 3-8120-0449-6
Lösungen | 10,00 EUR | BN 3-8120-3449-2 ■



Kerber | Sailer | Speth
**Praxisorientierte Übungen
mit einem ERP-Programm**

1. Auflage 2004
140 Seiten | 8,00 EUR ■ |
ISBN 3-8120-0509-3
Lösungen und Daten auf CD
8,00 EUR | ISBN 3-8120-3509-X ■



Ligniez
**Marketing im
handwerklichen Meisterbetrieb**

2. Auflage 2004
400 Seiten | 26,00 EUR ■
ISBN 3-8120-0462-3



Speth | Kerber | Sailer | Härter | Hartmann
| Waltermann
**BWL mit Rechnungswesen
für FOS und BOS**

Lehrplanbezug Bayern | 2003
Zul.-Nr. 59/04-FO/BO (1.6.04)

1. Auflage 2004 520 Seiten
28,40 EUR | ISBN 3-8120-0505-0
Lösungen | 22,00 EUR ■ | BN 3505-7



Ligniez
**Buchführung im
handwerklichen Meisterbetrieb
mit einer Einführung in die EDV-
Buchhaltung**

17. Auflage 2004 | 336 Seiten
25,60 EUR | ISBN 3-8120-0434-8 ■
Lösungen | 18,00 EUR | BN 3-8120-3434-4 ■



Faßbender | Grauel | Ohmen | Peter |
Roemer | Wittkowski
Notariatskunde

15. Auflage 2004
880 Seiten | Hardcover
44,00 EUR | ISBN 3-8120-0308-2 ■

Merkur 
Verlag Rinteln

31735 Rinteln
Fon: 05751 9503-23
Fax: 05751 9503-44
Web: www.merkur-verlag.de
Mail: info@merkur-verlag.de

„Whats's New“-Seite unter www.bvc-colbus.de an.

Wenn das Übungsbuch noch durch ein Arbeitsbuch, das alle Prüfungsinhalte in einzelne Fragen aufschlüsselt, ergänzt wird, dann hat der Prüfling zwei „Bibeln für alle Fälle“ zur Hand, die ein Bestehen der Prüfung fast garantieren – so jedenfalls ist die Erfahrung des Rezensenten.

Daneben hat der Autor ebenfalls im Europa-Lehrmittelverlag noch für folgende Berufe Prüfungsvorbereitungsbücher herausgebracht:

Industriekaufrau/Industriekaufmann – nach neuem Lehrplan, 3. Auflage 2003. Bürokauffrau/Bürokaufmann, 3. Auflage 2004. Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation, 1. Auflage 2004

Titel: Mediendemokratie

Autor: Mehrere Autoren

Verlag: Wochenschau Verlag, Schwalbach/Taunus

ISBN-Nr.: 3-89974079-3

In modernen Demokratien dienen die Massenmedien als kommunikative Schnittstelle zwischen den politischen Akteuren und dem Bürger. Die politische Generalfunktion ist dabei die Herstellung von Öffentlichkeit. Diese gewinnt vor allem im Vorfeld von Wahlen besonders an Bedeutung, können die Parteien ihre Kandidaten und Programme den Bürgern doch nur durch die Medien wirksam näher bringen. In den letzten Jahren hat jedoch ein Strukturwandel stattgefunden, der die Funktionen des medialen Systems prinzipiell in Frage stellt. In diesem als „Mediendemokratie“ bezeichneten politischen System kommt allein den Medien als Akteur und Instrument die zentrale Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung zu.

In der Reihe Einführung Politik ist im Wochenschau Verlag der Band Mediendemokratie erschienen. Darin zeichnen die Autorinnen und Autoren den Strukturwandel im Verhältnis zwischen Medien und politischem System nach und widmen sich insbesondere der Frage, wie plausibel die These der „Mediendemokratie“ ist und ob wir uns tatsächlich schon auf dem „Weg in eine andere Demokratie“ befinden. Der

Band enthält unter anderem einen Überblick über die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Medien und Politik, auch vor dem Hintergrund der „politischen Kommunikationsforschung“. Es wird deutlich, dass zwischen den Massenmedien und der Politik keineswegs ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis besteht, sondern dass die Politik ebenso die Medien für ihre Zwecke instrumentalisiert.

Es folgt eine Untersuchung der These, die Konstruktion der öffentlichen Wahrnehmung von Politik erfolge primär über die Medien und die politischen Akteure richteten ihr Wirken vor allem an der Handlungslogik des Me-

diensystems aus. Dabei wird deutlich, dass die Massenmedien zwar einen zunehmenden Raum in der politischen Kommunikation einnehmen, sie jedoch keinesfalls alle Aufgaben übernehmen können, die sich die Parteien in der Demokratie angeeignet haben.

Die Autorinnen und Autoren widmen sich auch dem Verhältnis von Medien und Verbänden im politischen Entscheidungsprozess und schließlich der Bedeutung der Neuen Medien für die zukünftige Entwicklung und Gestalt der Demokratie. Der Band bietet damit einen umfassenden Einblick in das Verhältnis von Medien und Politik und eröffnet einen idealen Zugang zum Thema Mediendemokratie.

Nachrichtliches

Bundestag: Länder sollen Schulferien weiter entzerren

Alle Fraktionen im Bundestag haben die Länder aufgefordert, die Schulferien-Termine im Sommer weiter zu entzerren. Auch die erst im Jahr 2003 von der Kultusministerkonferenz (KMK) überarbeitete Ferienordnung führe auf Fernstraßen und in Urlaubsorten zu Staus und unnötiger Überfüllung, hieß es übereinstimmend im Parlament.

Auslöser der Debatte war ein FDP-Antrag, mit dem die Länder bewegt werden sollen, den bundesweiten Gesamt-Ferienzeitraum im Sommer auf 90 Tage auszuweiten. Innerhalb dieses Zeitrahmens sollten dann die 16 Länder ihre jeweils sechswöchigen Sommerferien-Termine überlappend platzieren. Jeder fehlende Ferientag führe in der Tourismusbranche zu einem Verlust von einer Millionen Übernachtungen und damit zu Umsatzausfällen in Milliardenhöhe, machten Sprecher aller Fraktionen geltend.

Der Gesamt-Ferienzeitraum beträgt in diesem Jahr 77 Tage. Eine Ausweitung auf 82 Tage ist von den Ländern angestrebt. Die weitere Ausdehnung auf 90 Tage würde allerdings dazu führen, dass einige Bundesländer noch früher als heute in die Schulferien starten müssten – zum Teil Anfang bis Mitte Juni. Ein früher Ferienstart

gilt allgemein wegen des deutschen Klimas als unbeliebt. *-dpa-*

VGH: Unterrichtsausschluss bei Androhung von Gewalt möglich

Droht ein Kind oder Jugendlicher einem Mitschüler Gewalt an, ist ein zeitlich befristeter Ausschluss vom Unterricht möglich. Das hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) in einem am 19. April veröffentlichten Beschluss entschieden. Demnach kann ein Schulleiter nach dem Schulgesetz einen Ausschluss anordnen, wenn durch schweres oder wiederholtes Fehlverhalten Pflichten verletzt oder Rechte anderer gefährdet werden. Ein Schulleiter hatte einen Zwölfjährigen zwei Tage vom Unterricht ausgeschlossen, weil dieser einem Mitschüler angedroht hatte, ihn „zu schlagen bis Blut fließt“. Der Junge hatte bereits zwei Mal eine Schülerin geschlagen und verletzt sowie zwei weitere Mitschüler bedroht. Da weder Gespräche mit dem Zwölfjährigen und seinen Eltern oder Strafarbeiten und Nachsitzen eine Wirkung gezeigt hätten, sei von einer objektiven Gefährdung auszugehen gewesen, so das Gericht. Der Beschluss ist unanfechtbar. (Az: 9 S 95/04) *-dpa-*

TU München plant drastischen Umbau

Im Zuge der Sparmaßnahmen Bayerns plant die Technische Universität München (TUM) einen drastischen Umbau. Im Laufe der nächsten vier Jahre will Präsident Wolfgang Herrmann 420 Stellen im Wettbewerb zwischen den Fakultäten neu verteilen. Das sind fast zehn Prozent der Mitarbeiter, das Klinikum Rechts der Isar nicht miteingerechnet. So will die Hochschule mit dem InnoVA TUM genannten Programm sicherstellen, dass die Qualität von Forschung und Lehre nicht unter die Räder gerät.

Als Gegenleistung des Freistaats für die Sparopfer fordern Herrmann und die bayerischen Rektoren wesentlich größere Freiheiten als bisher für die Hochschulen. Das reicht von der Finanzhoheit bis zur Entscheidung über die freie Auswahl der Studenten und Studiengebühren bis zur Befreiung von den Stellenplänen. -dpa-

Schavan plant niedrigere Eingangsbesoldung für Lehrer

Die baden-württembergische Landesregierung will die anhaltend schlechte Haushaltssituation unter anderem durch weitere Einschnitte der Beamtenbesoldung ausgleichen. Finanzminister Gerhard Strat-

thaus (CDU) plädierte dafür, neu eingestellten Beamten in den ersten drei Berufsjahren das Weihnachtsgeld ganz zu streichen. Eine solcher Schritt könne die Geldnot auch in anderen Bundesländern lindern. „Das wäre praktisch sofort möglich, weil die Länder dies selbst entscheiden können“, sagte Stratthaus der dpa.

Kultusministerin Annette Schavan (CDU) will die Eingangsbesoldung der Lehrer senken, um den Bildungsetat langfristig im Lot zu halten. Dies würde aber eine Änderung des Beamtenrechts auf Bundesebene voraussetzen. Selbst wenn der Bundesrat dies auf Initiative von Baden-Württemberg hin beschließen würde, müsste auch der Bundestag zustimmen.

Schavan sagte der dpa: „Auch wenn wir in den ersten drei Berufsjahren das Gehalt um eine Besoldungsstufe verringern, bleibt der Lehrerberuf im Land attraktiv. Der sichere Arbeitsplatz des Beamten ist heute ein hohes Gut“. Eine 28 Jahre alte, unverheiratete Grundschullehrerin ohne Kind würde in Folge des Schavan-Vorschlags in den ersten drei Jahren monatlich statt 2 834 Euro brutto nur noch 2 622 Euro bekommen. Bei einem 31 Jahre alten Gymnasiallehrer, der ein Kind hat und dessen Frau nicht dem Öffentlichen Dienst angehört, würde sich das Anfangsgehalt von derzeit 3 612 Euro brutto auf 3 252 Euro verringern.

Sie möchten mehr über Umwelt- und Naturschutz erfahren?

Gerne sendet Ihnen das Bundesumweltministerium Informationsmaterialien zu. Wenden Sie sich bitte an die folgende Anschrift und fordern Sie die aktuelle Publikationsliste an:

Bundesumweltministerium,
Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Postfach 30 03 61, 53183 Bonn,
Telefax 01888-305 33 56,
Telefon 01888-305-33-55,
E-Mail: bmu@broschuerenversand.de

Aktuelle Informationen des Bundesumweltministeriums können Sie auch im Internet unter folgender Adresse abrufen und bestellen: <http://www.bmu.de>

Gerne stellt Ihnen das Bundesumweltministerium auf Anfrage auch größere

Stückzahlen kostenlos zur Verfügung. Wenn Sie regelmäßig über aktuelle Entwicklungen im Umweltschutz und der Umweltpolitik informiert werden möchten, nimmt Sie das Ministerium gerne in seinen Verteiler auf.

*Referat Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesumweltministeriums*

Autorenverzeichnis

Appelsmeyer, S. / Schmidt, M.

BS, Äußere Bayreuther Str. 8,
90317 Nürnberg, Tel.: 0911 - 2 31 87 77

Haider, H. / Riedl, A.

BS, Trät 13, 94469 Deggendorf,
Tel.: 0991 - 2 17 10

Claus, Dieter

BS, Haunstetter Str. 66,
86161 Augsburg, Tel.: 0821 - 32 41 89 93

Fiedler, Werner

BS, Dr.-v.-Schmitt-Str. 12,
96050 Bamberg, Tel.: 0951 - 2 51 91

Hefer, Christine

TUM, Lothstr. 17, 80335 München,
Tel.: 089 - 28 92 45 75

Mattausch, Martin

WS, Kloster-Langheim-Str. 11,
96050 Bamberg, Tel.: 0951 - 9 14 61 00

Münch, Johannes

VLB-Webmaster
Rotspitzweg 16, 86931 Stadbergen-
Deuringen, Tel.: 0821 - 24 30 23

Pörner, Werner

FOS/BOS, Ohmstr. 17, 96050 Bamberg,
Tel.: 0951 - 9 12 60

Pohlmann, Heiko

VLB-Referent für Lehrerbildung,
Kapellenstr. 82, 82239 Alling,
Tel.: 08141 - 81 85 24

Rehm, Stefan

BS, Prandnerstr. 3, 83278 Traunstein,
Tel.: 0861 - 98 60 20

Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbbeauftragter
Weitlstr. 66, 80935 München,
Tel.: 089 - 38 58 40 84

Seifried, J. / Schilling M. / Zöller H.

Kapuzinerstr. 25, 96045 Bamberg,
Tel.: 0951 - 8 63 27 61

An unsere Senioren:

Für das kommende Frühjahr (außerhalb der Ferienzeit) ist eine achttägige Studienreise nach

St. Petersburg

geplant. Bitte melden Sie sich bei Kollegen Lothar Fischer (Weiden, Tel. 09 61 / 4 63 88) oder in der VLB-Geschäftsstelle, um Ihr Interesse zu bekunden. Näheres in unserer Novemбераusgabe.

VLB Verlag e.V.,
Dachauer Straße 4
80335 München

B 05130, PVSt,
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt

Keine Beteiligung der bayerischen Berufsschullehrer bei der IHK-Winterprüfung 2004/05!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Das neue Schuljahr hat begonnen und Sie alle kennen das ungelöste Problem der angemessenen Prüferentschädigung durch die IHK, das uns seit Monaten beschäftigt.

Der VLB bleibt bei seiner klaren Position

- Es bleibt bei unserem klaren „Nein“ zu der momentanen Entschädigungsregelung. Wir fordern stattdessen eine angemessene Vergütungsregelung – vergleichbar der Mehrarbeitsvergütung.
- Eine Mitwirkung bei den Prüfungen wird es erst wieder geben, wenn in diesem Punkt eine akzeptable Regelung gefunden ist.

Auch wenn der VLB die freie Entscheidung jedes einzelnen Kollegen selbstverständlich respektiert, geben wir Ihnen die folgenden Empfehlungen:

- Lassen Sie sich nicht durch Androhungen, Aufforderungen und „Appelle“ verunsichern.
- Stellen Sie klar heraus, dass Sie zu einer Mitwirkung bei den IHK-Prüfungen nur bereit sind, wenn eine akzeptable Regelung erreicht ist.

**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir brauchen Ihre Solidarität.
Nur wenn wir bayernweit ge-
schlossen reagieren, können wir
erfolgreich sein!**